



**Parlamentssitzung 25. Juni 2012**

**Protokoll**

Schloss Köniz, Rosstall  
19.00 – 23.00 Uhr

**Vorsitz** Annemarie Berlinger-Staub (SP)

**Anwesend**

Bernhard Bichsel (FDP)	Ruedi Lüthi (SP)
Adrian Burkhalter (SVP)	Anna Mäder (SP)
Christian Burren (parteilos)	Urs Maibach (Grüne)
Heidi Eberhard (FDP)	Hans Moser (SVP)
Mario Fedeli (SP)	Anita Moser Herrren (FDP)
Liz Fischli-Giesser (Grüne)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Thomas Frey (BDP)	Jan Remund (Grüne)
Martin Graber (SP)	Mathias Rickli (Grüne)
Philippe Guéra (BDP)	Christian Roth (SP)
Hermann Gysel (EVP)	Elisabeth Rüeegsegger (SVP)
Beat Haari (FDP)	Christoph Salzmann (SP)
Niklaus Hofer (SVP)	Ronald Sonderegger (FDP)
Franziska Keller (BDP)	Hugo Staub (SP)
Erica Kobel-Itten (FDP)	Stephie Staub-Muheim (SP)
Hanspeter Kohler (FDP)	Barbara Thür (GLP)
Verena Koshy (CVP)	Thomas Verdun (SVP)
Andreas Lanz (BDP)	Markus Willi (SP)
Stefan Lehmann (SVP)	Ulrich Witschi (BDP)
Patrik Locher (EVP)	Bernhard Zaugg (EVP)

**Entschuldigt** Heinz Nacht (SVP)

**Gemeinderat** Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident  
Ueli Studer (SVP), Vizepräsident  
Rita Haudenschild (Grüne)

Katrin Sedlmayer (SP)  
Urs Wilk (FDP)

**Sekretärin** Verena Remund-von Känel

**Protokoll** Ruth Spahr

## Inhaltsverzeichnis

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 29. Mai 2012.....	119
2. Kommissionsersatzwahlen.....	120
3. Rechnung 2011 .....	120
4. Verwaltungsbericht 2011 .....	124
5. Reklameordnung und 0204 Motion (SP) "Reklamereglement in der Gemeinde Köniz" .....	129
6. Projekt "Tram Region Bern" - Einsetzen einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) - Antrag FDP Die Liberalen .....	137
7. Abwasserentsorgung: Sanierungsmassnahmen aus "Genereller Entwässerungsplan" (GEP) Obere Gemeinde .....	142
8. Liegenschaft Sonnenweg 30 - Erwerb .....	145
9. 0729 Postulat (SP) "Energiepionierin Köniz: eine Bauzone für ökologische Bauten!" .....	147
10. 0937 Postulat (SP, EVP, Grüne, SVP) "Ein 'Haus der Musik' für die Gemeinde Köniz" .....	147
11. 1204 Interpellation (Martin Graber, SP) "Kunst am Bau" in Köniz" .....	147
12. Verschiedenes.....	147

## Begrüssung

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur Parlamentssitzung.

Es sind 39 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Gemeinderätin Katrin Sedlmayer befindet sich zurzeit noch an der Maturafeier ihrer Tochter, wird aber um 20.15 Uhr eintreffen.

Die Sitzungsakten sind Ihnen am 31. Mai 2012 zugestellt worden. In einem ersten Nachversand haben Sie am 12. Juni 2012 die Vorstosslisten, die ergänzte Traktandenliste, die Beilage zur Reklameordnung, den Antrag des Gemeinderats zum Geschäft Sonnenweg und den Antrag des Parlamentsbüros zum Antrag der FDP-Fraktion erhalten. Mit dem zweiten Nachversand sind Ihnen am 19. Juni 2012 das Protokoll der Parlamentssitzung vom 29. Mai 2012 sowie die Zusammenfassung der Verwaltungsbesuche zugestellt worden.

Per Mail habe ich anfangs Juni die Fraktionspräsidien dahingehend informiert, dass ich betreffend der Vakanzen in der nichtständigen Kommission Tramprojekte keine Nominierungen verlangen werde. Die Besetzung der Vakanzen ist zurzeit nicht zwingend. Bis jetzt sind mir keine Nominierungen bekanntgegeben worden.

Auf Ihren Tischen finden Sie die Terminplanung 2013.

In den letzten Wochen ist in und über die Könizer Politik viel gesagt und geschrieben worden. Es waren nicht immer Nettigkeiten. In den Medien war sogar zu lesen, dass im Könizer Parlament Feuer im Dach sei. Mit Verlaub, so habe ich mir die Fortsetzung des Themas meiner Parlamentsfeier sicher nicht gewünscht. Das Programm heute Abend ist gedrängt. Ich habe den Eindruck, dass die Stimmung im Saal "geladen" ist und deshalb lege ich Ihnen ans Herz, den in der Könizer Politik üblichen Umgangston beizubehalten und nicht unnötig zu zündeln. Ich zähle auf Sie und erwarte, dass die Sitzung heute gut über die Bühne gebracht werden kann.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Das Parlamentsbüro hat die Traktandenliste gemäss Beschluss vom 1. Juni 2012 mit dem Traktandum 6, "Projekt Tram Region Bern - Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) – Antrag FDP" ergänzt. Die neue Traktandendenliste ist Ihnen am 12. Juni 2012 elektronisch und in Papierform zugestellt sowie am 6. Juni 2012 im Anzeiger Region Bern publiziert worden.

Traktandum 2 entfällt, da keine Wahlen vorzunehmen sind.

Per Mail habe ich anfangs Juni die Fraktionspräsidien dahingehend informiert, dass ich nicht für Nominierungen betreffend der Vakanzen in der nichtständigen Kommission Tramprojekte nachfragen werde. Die Besetzung der Vakanzen ist zurzeit nicht zwingend. Bis jetzt sind mir keine Nominierungen bekanntgegeben worden.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

### 1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 29. Mai 2012

**Niklaus Hofer (SVP):** Auf Seite 112 ist in meinem Votum Folgendes festgehalten: "Ich stelle hiermit fest, dass gewisse Personen in hohen Ämtern beim Kanton Bern nicht immer mit der vollen Wahrheit in diesem umfangreichen und finanziell sehr hoch dotierten Prozess argumentiert haben." Der Passus "beim Kanton Bern" ist zu streichen, da ich in meinem Votum keine politische Ebene genannt habe. Der Satz muss wie folgt lauten: "Ich stelle hier fest, dass gewisse Personen in hohen Ämtern nicht immer mit der vollen Wahrheit in diesem umfangreichen und finanziell sehr hoch dotierten Prozess argumentiert haben." Ich bitte um Korrektur.

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 29. Mai 2012 wird genehmigt.

*Anmerkung zum Protokoll:* Das Votum von Niklaus Hofer auf Seite 112 wurde nochmals angehört. Dabei wurde festgestellt, dass das Protokoll mit dem gesagten Wort übereinstimmt. Aus diesem Grund erfolgt keine Korrektur.

## 2. Kommissionsersatzwahlen (allfällige Akten: Nachversand)

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt dieses Traktandum.

## 3. Rechnung 2011 Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Mit den Sitzungsakten haben Sie den Bericht und Antrag des Gemeinderats sowie die Rechnung 2011 erhalten. Zuerst wird sich der Referent der Finanzkommission zu Wort melden, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten. Zum Schluss erfolgt die Abstimmung.

**Referent Finanzkommission Christian Burren (parteilos):** Zuerst danke ich im Namen der Finanzkommission dem Gemeinderat sowie Finanzverwalter Thomas Pfyl und seinen Mitarbeitenden bestens für die gute Zusammenarbeit und ihre umfangreiche Arbeit für die Erstellung der Rechnung 2011.

Im Voranschlag 2011 war ein Aufwandüberschuss von 561'000 Franken vorgesehen. Die Rechnung 2011 hat nun mit einem Gewinn von 1,38 Millionen Franken abgeschlossen. Somit schliesst unsere Rechnung 2011 um 1,9 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Daraus resultiert ein Eigenkapital von 16,7 Millionen Franken oder knapp drei Steuerzehntel. Wir befinden uns nun fast im gewünschten Bereich.

Einige Worte zu Einsparungen wie auch höheren Einnahmen, die zu diesem Ertrag geführt haben: Anlässlich der letzten Budgetdebatte diskutierten wir über die Personalkosten und gaben dem Gemeinderat die Vorgabe, die Personalkosten um 400'000 Franken zu kürzen. Bei näherer Prüfung wurde festgestellt, dass diese Vorgabe zwar nicht vollumfänglich erreicht werden konnte, der Wille dazu aber vorhanden war und dem Auftrag des Parlaments somit Folge geleistet worden ist. In den Erläuterungen zur Rechnung sind wir auf Folgendes gestossen: In Punkt 10.0 auf Seite 8 könnte man der Meinung sein, dass der Gemeinderat sein Entschädigungsbudget massiv überzogen hat. Die Kürzung der Personalkosten, die das Parlament in Auftrag gegeben hat, wird in der Rubrik "Entschädigungen Gemeinderat" im Budget verbucht und verursacht dort eine Budgetüberschreitung; die Einsparungen sind jedoch in den einzelnen Abteilungen ausgewiesen. Der Sachaufwand ist um 264'000 Franken tiefer als budgetiert und als positiv zu betrachten.

Die Einnahmenseite war massgebend am guten Ergebnis beteiligt. Steuereinnahmen sind immer schwierig zu budgetieren. Gegenüber dem Budget liegen diese für 2011 bei den natürlichen Personen um 1,3 Millionen Franken höher und bei den juristischen Personen um 1,9 Millionen Franken. Interessant ist folgende Feststellung: Ca. 5 Millionen Franken zusätzliche Steuereinnahmen wurden durch die KMU der Gemeinde Köniz generiert, hingegen fielen die Steuereinnahmen eines grossen Steuerzahlers um 3 Millionen Franken tiefer aus als angenommen. Es darf hier festgehalten werden, dass unser ortsansässiges Gewerbe die Rechnung der Gemeinde Köniz gerettet hat.

Zur Verschuldung: Die Gemeinde Köniz hat mittel- und langfristige Schulden in der Höhe von 178 Millionen Franken, was bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 2,45 Prozent zu Passivzinsen von 5,4 Millionen Franken führt. Dieser Zinssatz ist historisch tief und ich weise darauf hin, dass hier hohes Risikopotenzial vorhanden ist. Schuldenabbau täte zwingend Not, denn steigen die Zinsen an, werden die Kapitalkosten unmittelbar steigen und könnten unsere Rechnung aus dem Gleichgewicht bringen.

Der Anteil des Lastenausgleichs an den Kanton Bern macht für die Gemeinde Köniz 55,01 Prozent ihres Steuerertrags aus. Ich weise auf den Realisierungsgrad unserer Investitionen hin: Dieser betrug für 2011 85 Prozent. Es wäre zu begrüßen, wenn die vorgesehenen Investitionen nach Möglichkeit realisiert werden. Ziel des Parlaments ist, den Investitionsanteil möglichst hoch zu halten und dass die geplanten Projekte auch realisiert werden. Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament mit 6 : 0 Stimmen, die Rechnung 2011 zu genehmigen.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub** hält fest, dass das Eintreten obligatorisch ist.

**Fraktionssprecher Hugo Staub (SP):** Die SP-Fraktion ist erfreut, dass sich die Rechnung 2011 nicht so entwickelte wie im Budget 2011 angenommen worden ist. Das Eigenkapital beträgt nun knapp 17 Millionen Franken, was zwar beruhigend, aber noch nicht übertrieben ist. In den nächsten Jahren könnte die Situation schwieriger werden. Einerseits aufgrund des wirtschaftlichen Umfelds in Europa. Andererseits ist ein grosser Teil unseres internen Optimierungspotenzials in den letzten Jahren ausgeschöpft worden. Mindestens eine – wahrscheinlich aber mehr – der grösseren Massnahmen aus dem Stabilisierungsprogramm ist umstritten und damit ist nicht sicher, dass in all den zum Sparen vorgesehenen Punkten tatsächlich grosse Früchte geerntet werden können. Die SP-Fraktion wird den beantragten Nachkrediten zustimmen, dies aufgrund der Zusatzinformationen aus der Finanzkommission.

Christian Burren hat Bezug auf die Arbeit der Finanzkommission genommen. Auch ich bin der Meinung, dass sich die Zusammenarbeit zwischen der Kommission und dem Gemeinderat sehr gut entwickelt hat; sie ist aber sicher noch ausbaufähig. Ich danke bestens für die Arbeit.

**Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP):** Jedes Jahr im Juni werden im Parlament die Rechnung und der Verwaltungsbericht beraten, d. h. jener Moment, das vergangene Jahr nochmals Revue passieren zu lassen. An der Rechnung lässt sich nichts mehr ändern, es handelt sich um vergangene Freuden. Sie bildet dennoch die Grundlage für die nächsten Voranschläge und die zukünftige Entwicklung des Gemeindehaushalts.

Die SVP-Fraktion zeigt sich erfreut über den positiven Rechnungsabschluss 2011. Sie dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die grosse Arbeit und die finanzielle Disziplin. Wir danken auch der Finanzkommission für die Begleitung des Prozesses. Wie erwähnt, schliesst die Rechnung 2011 um rund 2 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Hauptgrund dafür sind höhere Steuereinnahmen. Bei den Sach- und Personalkosten konnten die Budgetvorgaben plus/minus eingehalten werden. Vielleicht hat sich die Rückweisung des Budgets 2011 mit der Vorgabe, ein Defizit von höchstens 500'000 Franken auszuweisen, bezahlt gemacht. Wir begrüßen auch, dass die ausserordentlichen Erträge von 2,7 Millionen Franken – Hallmatt und Sägematte – für zusätzliche Abschreibungen eingesetzt worden sind. Es gab Zeiten, in denen die ausserordentlichen Erträge für den Ausgleich der Laufenden Rechnung benötigt wurden. Auch das "Schlosskässeli" konnte mit 500'000 Franken geäuft werden, ein Betrag, der eigentlich dem ordentlichen Ergebnis hätte angerechnet werden können. Ausserdem wurden Rückstellungen für Auszahlungen von Überzeit vorgenommen; auch das begrüßen wir.

Alles in allem hat der Gemeinderat bei der Rechnung 2011 so ziemlich aus dem Vollen schöpfen können. Aber Achtung. Der Realisierungsgrad der Investitionen beträgt nur 85 Prozent, was die Reduzierung der ordentlichen Abschreibungen zur Folge hat. In den Bereichen Tagesschulen, öffentlicher Verkehr und Lastenausgleich allgemein sind Mehrausgaben festzustellen. Die Verschuldung ist bereits angesprochen worden. Wenn für die Schulden von 177 Millionen Franken auch nur 1 Prozent mehr Zins bezahlt werden muss, macht das 1,7 Millionen Franken aus und unser Rechnungsergebnis wäre damit weg. Auch die Pensionskasse könnte uns in Zukunft Probleme bereiten und darauf muss ein Auge geworfen werden.

Fazit: Die SVP-Fraktion ist über den positiven Rechnungsabschluss 2011 erfreut. Vorsicht ist jedoch geboten. Der eingeschlagene Weg mit dem Stabilisierungsprogramm muss unbedingt fortgesetzt werden. Sinkende Steuereinnahmen können unsere Rechnung sofort in Schieflage bringen. Finanzpolitische Disziplin ist gefragt, und dazu sind Gemeinderat wie auch Parlament gefordert.

Die SVP-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP):** Auch die FDP-Fraktion erklärt sich mit der Rechnung 2011 zufrieden, sie kann insgesamt als positiv beurteilt werden. Bei einem Budget von rund 200 Millionen Franken handelt es sich hier um eine Punktlandung. Besten Dank an die Verwaltung für die Arbeit und die Einhaltung des Budgets. Für uns ist der bessere Ausgang als budgetiert nicht sehr erstaunlich. Wir halten immer wieder fest, dass bei der Budgetierung etwas gar viel Schwarzmalerei betrieben wird. Besser aber so als wenn anstelle von budgetierten Gewinnen Defizite der Fall sind. Zum Glück ist nicht alles Befürchtete eingetroffen. Insgesamt ist das Ergebnis erfreulich. Das Stabilisierungsprogramm läuft und wurde bis jetzt auf der Einnahmenseite sicher stärker umgesetzt als auf der Kostenseite. Hier benötigt der Prozess noch Zeit und gewisse angedachte Sparmassnahmen sind bekannterweise nicht sehr populär. Über die Spezialeinlagen werden wir an der nächsten Parlamentssitzung im August debattieren. Die Einhaltung der Personalkosten ist ein sehr wichtiger Punkt, weil hier die höchsten Kosten entstehen. Zur Spezialfinanzierung: Uns stört die Spezialfinanzierung Schloss, nicht aber das Schloss als solches. Hier fehlt uns ein Gesamtkonzept Schlossfinanzierung und wir sind der Meinung, dass dies möglichst schnell umgesetzt werden sollte. Wir wollen hier keine "Kässeliwirtschaft". Die FDP-Fraktion wird der Rechnung 2011 gemäss den Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli (Grüne):** Die Fraktion der Grünen Köniz zeigt sich erfreut über das gute Rechnungsergebnis 2011 sowie über das noch gute Steuerjahr. Wir anerkennen die hohe Budgetdisziplin, finden es wichtig und unterstützen, dass die Gemeinde die Investitionsquote wieder auf 12 Millionen Franken anhebt. Fast 40 Prozent des Steuerertrags stammt von natürlichen Personen, das ist ein sehr hoher Anteil und das trotz des Umstands, dass sich die kantonale Steuerrevision teilweise negativ ausgewirkt hat, z. B. im Bereich der Vermögenssteuer. Ich halte fest, dass es wichtig ist, langfristig bei dem, was in der Gemeinde investiert wird, auch auf die Bedürfnisse der natürlichen Personen zu achten, denn sie tragen – wie auch die KMU – sehr stark zu den guten Finanzen bei. Anders als mein Vorredner begrüssen wir die Einlage in die Spezialfinanzierung Schloss, weil wir der Meinung sind, dass es keinen Sinn macht, wenn diese Kasse auf Grund läuft. Die Grünen Köniz werden den Anträgen des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

**Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP):** Auch die CVP/EVP/GLP-Fraktion möchte dem Gemeinderat und der Verwaltung herzlich für ihre Arbeit danken. Ich habe mir drei Punkte aufgeschrieben:

1. Ist sehr viel Detailarbeit in der Rechnung 2011 enthalten. Als Mitglied der Finanzkommission sind mir meine detaillierten Fragen immer gut beantwortet worden.
2. Wie entwickeln sich die grossen Linien der Gemeindefinanzen? Hier muss man feststellen, dass wir bei einer Genauigkeit von rund 1 Prozent liegen. Wenn man der Meinung ist, das könnte noch genauer erarbeitet werden, gibt man sich Illusionen hin. Die Steuereinnahmen sind erfreulich, die Ausgabendisziplin ist es aus meiner Sicht auch. Grössere Investitionen zu tätigen und somit den Selbstfinanzierungsgrad zu erhöhen wäre zwar schön, kann aber sehr schnell bedeuten, dass die Fremdmittel ansteigen. Hier den goldenen Mittelweg zu finden, wird weiter eine wichtige Aufgabe bleiben.
3. Gibt es etwas aus der ganzen Sache zu lernen? Hier scheint mir, muss sich das Parlament gut überlegen, wie die Finanzpolitik der Gemeinde gesteuert werden soll. Ob weiterhin Diskussionen über die einen oder anderen Hunderttausend Franken geführt werden sollen oder ob es nicht besser wäre, einen wirklich strategischen Input zu geben. Hier werden wir im November anlässlich der Budgetdebatte gefordert sein.

**Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP):** Die BDP-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderats einstimmig zustimmen. Herzlichen Dank an das Finanzteam für die Arbeit und die transparente Aufbereitung der Daten. Die BDP-Fraktion hat noch nicht sehr lange Einsitz im Parlament. Nach zwei Budgetdebatten erleben wir nun die dritte Rechnungslegung. Das Spiel der Zahlen zwischen Budget und Rechnung, das den Absturz ins Minus genau so offen lässt wie einen lobenswerten positiven Abschluss, zeigt uns auf, dass insbesondere wir Parlamentsmitglieder eher prinzipielle und strategische Überlegungen einbringen sollten, als um einzelne Konti und Franken zu diskutieren. Wie schon früher von der BDP-Fraktion darauf hingewiesen, erachten wir die vorhandenen Schulden und die daraus resultierende Zinsbelastung als einen Punkt, der strategisch anzugehen ist. Wir machen beliebt, dass konsequent mit dem Abbau der Schulden begonnen wird.

Das zugunsten unserer Rechnung und insbesondere zugunsten der kommenden Generationen. Gleichzeitig sollen die Investitionen nicht vernachlässigt werden, damit der Werterhalt der gemeindeeigenen Infrastruktur gewährt ist.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Eine Frage an Gemeindepräsident Luc Mentha in Bezug auf die Spezialfinanzierungen: 2004 wurde angefragt, wie sich der Gemeinderat zu den Spezialfinanzierungen stellt. Die Antwort war, dass Spezialfinanzierungen nicht gewünscht sind und der Gemeinderat eine eher ablehnende Haltung dazu hat. Die Spezialfinanzierungen sind in den letzten zwei, drei Jahren hin und wieder thematisiert worden. Hat sich die Haltung des Gemeinderats geändert oder handelt es sich um Spezialeffekte? Welche Strategie hat der Gemeinderat im Umgang mit Spezialfinanzierungen?

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich danke für die positive Aufnahme der Rechnung 2011. Als Gemeindepräsident und Verantwortlicher für die Finanzen erwähne ich einige Punkte aus der Sicht der Exekutive. Zum Teil wird es Überschneidungen mit gehaltenen Voten geben. Das Rechnungsergebnis 2011 ist tatsächlich erfreulich. Wenn ich mich an den Budgetstreit 2010 zurück erinnere, muss ich festhalten, dass es glücklicherweise gut herausgekommen ist. Hauptgründe für die gute Rechnung 2011 sind einerseits die Budgetdisziplin und andererseits die positive Entwicklung bei den Steuern. Die Steuereinnahmen haben 2010 anlässlich der Budgetdebatte 2011 zu einer Kontroverse geführt. Für den Voranschlag 2011 wurden die Steuererwartungen bei den juristischen Personen deutlich zurückgenommen, weil wir uns noch unter dem Eindruck des schlechten Steuerjahres 2009 befanden, wo bei den juristischen Personen 10 Millionen Franken weniger Einnahmen generiert worden sind als budgetiert. Aufgrund der damaligen internationalen Finanzkrise und der Subprime-Krise in den USA, waren wir der Meinung, dass die Steuererwartungen vorsichtiger zu budgetieren sind. Wenn Werte zurückgenommen werden müssen, bildet sich dies in den fortlaufenden Planzahlen ab. Das führte zu schlechten Zahlen in der Mehrjahresplanung und zu den farbigen Diskussionen zum Voranschlag 2011. Erfreulicherweise haben sich die Erwartungen bei den juristischen Personen ins Positive gedreht. Entscheidend ist in der Regel nicht das Budget, sondern die Rechnung, die nun gut ausgefallen ist.

Die Personalkosten sind im Griff. Wie der Finanzkommission im Detail aufgezeigt werden konnte, wurde insbesondere die Sparvorgabe des Parlaments durch harte Massnahmen umgesetzt. Alle ausserordentlichen Erträge, Liegenschaftstransfers und Zahlungen – Auflösung von Konti im Zusammenhang mit Juch-Hallmatt – konnten durch höhere Abschreibungen geglättet werden. Somit haben keine ausserordentlichen Erträge zum guten Ergebnis geführt. Der tiefere Realisierungsgrad bei den Investitionen ist auf Projektverzögerungen – insbesondere bei der Schulanlage Niederwangen – zurückzuführen, nicht aber auf mangelnden Willen oder mangels Vorwärtsmachen in den Direktionen.

Die vorgesehenen Massnahmen im Stabilisierungsprogramm konnten 2011 zu 94 Prozent umgesetzt werden. Damit erklären wir uns zufrieden. Wir werden die nächsten Jahre beobachten. Eine wichtige Debatte zu einer vorgesehenen Massnahme wird 2012 geführt werden.

Ich bin sehr froh, dass meine Sorge, die ich in der Finanzkommission in Bezug auf ein latentes Finanzrisiko erwähnt habe, angekommen ist. Es handelt sich um die tiefe Passivzinsbelastung bei den mittel- und langfristigen Schulden. Wir befinden uns in einer historisch tiefen Zinssituation und die Belastungen auf dem mittel- und langfristigen Kapital sind historisch tief. Das ist sehr trügerisch und gefährlich. Wird eine Zinswende kommen und somit die Zinslast ansteigen, wird sich das relativ schnell auf unsere Finanzlage auswirken. Ich weise darauf hin, dass im Kanton Bern, insbesondere rund um Bern, Gemeinden dank sehr guten Jahresergebnissen ihr Fremdkapital abbauen konnten und in diesen Bereich zum Teil schuldenfrei sind. Wir müssen alles daran setzen und haben alles Interesse daran – auch im Interesse der nachfolgenden Generationen – Fremdkapitalschulden abzubauen.

Mein Fazit: Beim Rückblick auf die Budgetphase 2011 und auf nunmehr 8 Jahre als Gemeindepräsident und Verantwortlicher für die Finanzpolitik halte ich fest, dass die Rahmenbedingungen und Ausseneinflüsse auf den Finanzhaushalt reaktiv rasch ändern können. Das ist eindrücklich und man muss in diesen Phasen ruhig und nüchtern bleiben und nicht zu schnelle Schlüsse ziehen. Die erfreuliche Entwicklung bei den Steuern hat hier sicher viel geholfen. Der Gemeinderat ist darüber froh. Ich danke Ihnen für die Unterstützung der Anträge des Gemeinderats.

Zur Frage von Bernhard Bichsel in Bezug auf die Spezialfinanzierungen: Bernhard Bichsel hat eine Grundsatzfrage gestellt, auf die ich nicht vorbereitet bin und ich weiss nicht genau, auf was genau er sich bezieht. Vor einer Beantwortung möchte ich diese Fragen im Gemeinderat diskutieren.

---

**Beschluss**

1. Das Parlament bewilligt folgende Nachkredite für das Rechnungsjahr 2011:

1720.332 übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen (Steuerhaushalt)	Fr. 949'000.00
1730.332 übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen (SF Feuerwehr)	Fr. 350'958.00
3640.369 Beitrag für Tagesschulen	Fr. 346'754.58
4680.380 Einlage in Spezialfinanzierung "Schloss"	<u>Fr. 500'000.00</u>
TOTAL Nachkredite Parlament	<u>Fr 2'146'712.58</u>
  2. Die Gemeinderechnung 2011, die bei Erträgen von Fr. 205'887'207.35 und Aufwendungen von Fr. 204'503'595.64 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1'383'611.71 abschliesst, wird genehmigt.
  3. Die Bestandesrechnung, die per 31. Dezember 2011 mit Aktiven und Passiven von je Fr. 256'436'760.31 abschliesst, wird genehmigt.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)
- 

**4. Verwaltungsbericht 2011**

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Mit den Sitzungskaten sind Ihnen der Bericht und Antrag des Gemeinderats zugestellt worden sowie der Verwaltungsbericht mit Anhang. Mit Nachversand haben Sie die Zusammenfassung der Verwaltungsbesuche der GPK-Mitglieder erhalten. Wir gehen wie folgt vor: Zuerst halten die jeweiligen GPK-Referenten ihre Voten, danach votieren die Fraktionssprechenden und Einzelredner. Zum Schluss folgt die Abstimmung.

**GPK-Referent Andreas Lanz (BDP):** Die GPK-Mitglieder haben auch dieses Jahr ihre Besuche bei der Verwaltung durchgeführt. Die zuständigen Referenten und Referentinnen haben zusammen mit ihrer jeweiligen Stellvertretung Gespräche mit der Verwaltung geführt und einige Schwerpunktthemen aufgegriffen. In der GPK wurde als Querschnittsthema in allen Direktionen das Thema "Outsourcing" definiert. Die Ergebnisse der Besuche sind in der Zusammenfassung dokumentiert. Im Namen der GPK danke ich dem Gemeinderat und der Verwaltung für den guten Empfang der GPK-Mitglieder und für die konstruktiven Gespräche. Wir danken insbesondere für die im Verwaltungsbericht dokumentierte geleistete Arbeit und für die Erstellung des Verwaltungsberichts.

**Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF)**

**GPK-Referentin Barbara Thür (GLP):** Anlässlich des Verwaltungsbesuchs bei der DPF beeindruckte uns sehr, dass die Gewichtung des Wissensmanagements wirklich vorhanden und stark ist. Es wird Wert auf Weiterbildung gelegt und es existieren Netzwerke und ein gut laufender Erfahrungsaustausch innerhalb der Gemeindeverwaltung, aber auch zwischen der Gemeinde Köniz und dem Kanton wie auch zu anderen Gemeinden. Dass man Erfahrungen austauscht, nicht bei jedem Geschäft das Rad neu erfinden will, sondern auf Synergien mit anderen Gemeinden schaut und von deren Erkenntnissen profitiert, scheint mit der zunehmenden Komplexität der Geschäfte und dem steigenden Spardruck ein zukunftssträchtiger und sinnvoller Weg zu sein.

Zum Thema Outsourcing stellten wir die Frage, ob Regelungen vorhanden sind, wann etwas intern erledigt oder wann es extern vergeben werden soll. Solche Regelungen sind nicht vorhanden. Jedes Geschäft wird einzeln beurteilt. Die Erfahrungen zeigen aber, dass sich nicht jedes Geschäft für das Outsourcing eignet. Je nach Umständen können mit Outsourcing Leerlauf und höhere Kosten entstehen. Die individuelle Beurteilung ist zurzeit die richtige Strategie. Auch im Bereich Standortmarketing soll unserer Ansicht nach auf der gleichen Schiene wie bis anhin weitergefahren werden. Dies in einer hilfsbereiten Art und Weise und mit einem modernen Kundenverständnis. Uns beeindruckte, wie die Einwohnenden von Köniz als Kunden wahrgenommen werden. Wer sich über Kundenfreundlichkeit ein genaues Bild machen möchte, kann auf das Dokument "unsere Dienstleistungen für Unternehmen" auf der Homepage der Gemeinde Köniz klicken.



### **Direktion Umwelt und Betriebe (DUB)**

**GPK-Referentin, Stellvertreterin von Heinz Nacht, Barbara Thür (GLP):** Zusammen mit Heinz Nacht haben wir die DUB besucht. Auch hier hatten wir den Eindruck, dass der Wissensaustausch wichtig ist und das Wissen nicht nur bei einzelnen Personen vorhanden ist. So wurde z. B. ein neues Rotationsprinzip bei der Abfallsammlung eingeführt. Damit die optimale Streckenführung festgehalten werden kann, werden die Routen mittels GPS aufgezeichnet. Das geht aus unserer Sicht in die richtige Richtung, denn damit entsteht beim Abgang von einzelnen Personen kein Wissensverlust. Diese Erfolg versprechende Strategie bedeutet aber, dass weiterhin grosser Wert auf ein gutes Arbeitsklima und die Wertschätzung der Mitarbeitenden gelegt wird, damit die Mitarbeitenden auch bereit sind, möglichst viel von Ihrem Wissen weiterzugeben.

Die DUB pflegt einen sehr unkomplizierten und offenen Umgang mit uns und wir hatten bei unserem Besuch nie das Gefühl, dass irgendetwas verheimlicht wird. Auch Probleme werden offen angesprochen und diskutiert. Das führt aus unserer Sicht zur Vertrauensbildung zwischen Verwaltung und Parlament. Mindestens für Heinz Nacht und mich sind die Gespräche sehr positiv ausgefallen und wir hoffen, dass das Verhältnis in diesem Rahmen bleibt.

### **Direktion Planung und Verkehr (DPV), Planung**

**GPK-Referentin Erica Kobel-Ippen (FDP):** Auch wir haben die Gespräche bei der DPV als sehr positiv empfunden. Der Wakkerpreis füllt zurzeit nicht nur die Zeitungsseiten und den Schlosshof sowie unzählige Busse auf Besichtigungstouren, sondern auch den Zeitplan der Planungsabteilung. Der Wakkerpreis bringt nicht nur Auszeichnungen und Freude, sondern birgt in sich auch die verschiedensten Verpflichtungen, die das Alltagsgeschäft der Planungsabteilung aufbürden. Unsere Verwaltung leistet dies aber mit Bravour und an dieser Stelle ein grosses Kompliment für all ihre Arbeit. Nichtsdestotrotz muss das Alltagsgeschäft weitergehen. Was selber erledigt wird und was aus- oder eingelagert wird, entnehmen Sie bitte dem schriftlichen Bericht. Ein weiterer Themenpunkt, der Architektur- und Investorenwettbewerb, ist von uns andiskutiert worden. Wir wollten genau wissen, wie dies funktioniert, was dahinter steckt, wer Antriebsmotor ist. Wir sind sehr genau darüber informiert worden. Ich verweise auch hier auf die schriftlichen Unterlagen. Eine zentrale Rolle, die zumindest uns nicht bewusst war, kommt in einem solchen Verfahren dem so genannten Wettbewerbsbegleiter zu. Dieser wird auf Antrag der Abteilung oder der Planungskommission gewählt und begleitet das ganze Wettbewerbsprozedere. Der mögliche Ablauf eines solchen Wettbewerbs ist in meinen Ausführungen enthalten.

### **Direktion Planung und Verkehr (DPV), Verkehr**

**GPK-Referent Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Mein Bericht über den Verwaltungsbesuch bei der Abteilung Verkehr und Unterhalte enthält vier Punkte:

Der erste Punkt betrifft das Schwerpunktthema Outsourcing, das auch Risiken bergen kann. Wird zu viel Outsourcing betrieben, kann der Praxisbezug der Verwaltung verloren gehen. Neben dem Outsourcing wird auch Insourcing geprüft. Das Outsourcing der Werkstatt im Werkhof ist nicht möglich, also prüft man die Möglichkeit Insourcing zu betreiben.

Der zweite Schwerpunkt betrifft den Langsamverkehr. In der Zusammenfassung sind die geplanten Projekte aufgeführt. Das Pflichtenheft des Stelleninhabers wird angepasst und eine Stellenausschreibung für den Posten eines Verantwortlichen für den Langsamverkehr läuft zurzeit.

Den dritten Punkt, das Thema Projektmanagement, haben wir bereits letztes Jahr vertieft betrachtet. Aufgrund dessen und von anderen Faktoren prüft die Verwaltung die Anschaffung einer Software, die aber zurzeit zurückgestellt ist.

Viertens eine grundsätzliche Bemerkung: Die GPK hat nun geprüft, was die Verwaltung leistet. Unsere Fragen wurden stets gut beantwortet und wir erklären uns davon sehr zufrieden. Wir haben aber die Kostenseite nicht mitgeprüft. Die Vertretungen der Finanzkommission, die ebenfalls Verwaltungsbesuche abgestattet haben, betrachteten die Kostenseite vertieft, haben diese aber nicht direkt in Zusammenhang mit dem gestellt, was die Verwaltung alles leistet. Hier ist Verbesserungspotenzial vorhanden.

## **Direktion Bildung und Soziales (DBS)**

**GPK-Referent Christian Roth (SP):** Als Referent der DBS möchte ich auf zwei Handlungsfelder hinweisen, die mir und meinem Stellvertreter Christoph Salzmann bei unserem Verwaltungsbesuch aufgefallen sind: Vorgängig möchte ich festhalten, dass wir sehr zuvorkommend behandelt worden sind und auf unsere Fragen wurde immer mit grosser Ernsthaftigkeit eingegangen. Herzlichen Dank dafür.

Zum Schwerpunktthema Outsourcing: Die DBS hat mit ihren verschiedenen externen Partnern Geschäftsbeziehungen, die in den allermeisten Fällen gut bis sehr gut verlaufen. Den gemachten Erfahrungen mit diesen Partnern sind wir nachgegangen. In der Regel sind die Geschäftsbeziehungen in der einen oder anderen Form schriftlich, verbindlich und klar geregelt. Einzig bei der Zusammenarbeit mit der Musikschule und den Bibliotheken stützt sich die Gemeinde auf Entwürfe ab, was in einem allfälligen Konfliktfall eine ungenügende Abstützung bedeuten könnte, denn die Entwürfe sind nicht unterzeichnet. Da mit beiden Institutionen eine seit Jahren bewährte Zusammenarbeit besteht, ist dies erstaunlich. Daher müssen die provisorischen Vereinbarungen in nächster Zeit in eine definitive schriftliche und allseits gegengezeichnete Form überführt werden. Die GPK wird hier zu gegebener Zeit nachfragen.

Die Fragen und das Nachhaken beim zweiten Schwerpunktthema, den Erfahrungen aus der Reorganisation der DBS, haben gezeigt, dass diese als Top-down-Prozess organisiert worden ist, dass sich das Vorgehen sehr bewährt hat und das Resultat als sehr gut bezeichnet werden kann. Es wurde betont, dass die Zusammenlegung der vormaligen Abteilungen "Bildung und Sport" und "Alter, Jugend und Gesundheit" nicht als Sparübung ausgelöst worden ist. Fakt ist jedoch, dass aus zwei ehemaligen Abteilungsleitungsstellen mit total 180 Stellenprozenten eine Abteilungsleitungsstelle gebildet wurde. Die Leitung der Abteilung "Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport" (BSS) ist nun mit 80 Stellenprozenten besetzt. Das kann in meinen Augen nicht aufgehen, hier besteht Handlungsbedarf und muss korrigierend eingegriffen werden, damit die Abteilungsleitung quantitativ und qualitativ auch langfristig gute Führungsarbeit leisten kann.

## **Direktion Sicherheit und Liegenschaften (DSL)**

**GPK-Referent Christoph Salzmann (SP):** Ich beschränke mich auf einige Handlungsfelder. Nachdem nun erste und nicht schlechte Erfahrungen mit dem Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei (Kapo) vorliegen, gilt es zu prüfen, wo und wie weit diese für die Gemeinde Köniz noch verbessert werden können. Drei Punkte sind im Bericht erwähnt. Ob alle erfüllt werden können, wird sich zeigen. Mindestens bei der Erhöhung der Nettoarbeitszeit bin ich nicht ganz sicher, ob das gelingen wird. Die aufgeführten 1'440 Jahresarbeitsstunden entsprechen vermutlich einer kantonalen Vorgabe. Als ehemaliger Angestellter des Kantons habe ich jeweils mit dieser Zahl arbeiten müssen.

Im Grossen und Ganzen hat die Gemeinde Köniz keine schlechte Bodenpolitik betrieben, zumindest in der jüngeren Vergangenheit hat sie sich auf den Kauf von strategischen Parzellen konzentriert. Der diese Käufe ermöglichende Rahmenkredit ist nun aber ausgeschöpft und der Gemeinderat will dem Parlament einen neuen beantragen. Es wird am Parlament sein, diesen zu unterstützen und der Stimmbevölkerung vorzulegen. Nach einigen Unklarheiten im direkten Gespräch haben wir die Bekräftigung dafür erhalten, dass der Gemeinderat in der Regel Land nur im Baurecht abgeben will. Ausnahmen sind jedoch immer möglich. Die Situation muss von Fall zu Fall beurteilt werden.

Die Submissionspraxis der Gemeinde Köniz macht einen guten Eindruck. Wir zwei GPK-Referenten haben den Eindruck, dass die Vorgaben von der Gemeindeverwaltung ernst genommen werden. Es ist die Aufgabe der GPK, weiterhin ein Auge darauf zu halten, damit es so bleibt.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub** hält fest, dass das Eintreten obligatorisch ist.

**Fraktionssprecherin Stephanie Staub-Muheim (SP):** Über Taktisches und Faktisches ist eigentlich alles gesagt worden und ich werde mit meinem Votum hauptsächlich danken.

Danke, Merci, Grazie, Grazie fitg – oder international thank you – für einmal 106 Seiten Verwaltungsbericht und einmal 86 Seiten Statistiken und Zahlen dazu. Viele Stunden sind in den verschiedenen Direktionen an Denkarbeit, Koordination, Weiterverarbeitungs- und Vernetzungszeit, Schreibarbeiten am Computer, etc. aufgewendet worden. Ebenso für die Direktionsbesuche der GPK-Mitglieder und die Erarbeitung und Beantwortung der Schwerpunktfragen der GPK.

Zu guter Letzt haben wir Parlamentsmitglieder ebenso viele Stunden für das Studium der Berichte eingesetzt. Wenn der Verwaltungsbericht in unseren Händen ist, ist er bereits Schnee von gestern. Nichtsdestotrotz ist der Verwaltungsbericht für viele Parlamentsmitglieder eine Art Vademecum, ein Wissensindex mit Zahlen, Grafiken, Fakten und Informationen über sämtliche Angelegenheiten unserer Gemeinde. Als Arbeitsinstrument begleitet uns der Verwaltungsbericht oft beim Erarbeiten eines Geschäfts und die Ausblicke aufs Folgejahr wecken unser Interesse. Im Pflegeheim meiner Mutter ist vor kurzem am Eingang ein Kunstobjekt installiert worden. Eine Art Maschine im Stil von Jean Tinguely wird durch viele hundert kleine und grössere Zahnräder in Bewegung gehalten. Die einzelnen Abteilungen sind durch Farben markiert und jedes Rad trägt den Namen eines Mitarbeitenden. Per Knopfdruck beginnen die Zahnräder sich zu bewegen und zu einem Gesamtwerk zu verzahnen. Genauso ist der vor uns liegende Verwaltungsbericht entstanden und als Gesamtwerk zu lesen. Ob geniale planerische Ideen, das Raumentwicklungskonzept oder die Ortsplanungsrevision zum Leben erweckt haben oder die Raumpflegeteams ihren Putzplan einhält oder die Anträge und Weisungen zum Goldlabel Energie beigetragen haben, und mehrere Direktionen vernetzt zusammengearbeitet haben, um den Wakkerpreis 2012 zu erhalten oder Betriebsmittel für Schulen bereitgestellt werden, für die Zielerreichung ist jedes einzelne Zahnrad notwendig. Deshalb: Im Namen der SP-Fraktion ein grosses Bravo und herzlichen Dank an sämtliche Mitarbeitenden der Direktionen wie auch an die zuständigen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte.

Die SP-Fraktion wird den Verwaltungsbericht gemäss dem Antrag des Gemeinderats genehmigen.

Ich möchte es nicht unterlassen, an dieser Stelle unserer Parlamentssekretärin, Verena Remund, herzlich zu danken. Wir erhalten unsere Unterlagen stets korrekt und zur richtigen Zeit, wir können Fragen stellen und erhalten die Antworten sofort. Danken möchte ich auch der Protokollführerin, Ruth Spahr, die unsere Voten, die wir im Dialekt sprechen, auf Deutsch übersetzen muss. Diese Arbeit ist sicher nicht einfach. Ausserdem sorgt sie stets für die Verpflegung in unseren Pausen.

**Fraktionssprecherin Franziska Keller (BDP):** Die BDP-Fraktion dankt für die erhaltenen Dokumente und für die gute Zusammenfassung der Berichte der GPK-Verwaltungsbesuche.

Wir haben ein Anliegen, das aber nicht als Kritik aufgefasst werden soll, denn der vorliegende Verwaltungsbericht ist sehr gut.

Das Parlament bringt während eines Parlamentsjahres immer wieder kritische Anmerkungen an, worüber glücklicherweise kein separater Bericht verfasst wird. Für uns ist der Verwaltungsbericht aber das einzige Dokument, mit dem wir prüfen könnten, welche unserer kritischen Anmerkungen aufgenommen worden sind. Als Beispiel – nehmen sie es mir nicht übel – bringe ich die möglichen Kompetenzüberschreitungen in Bezug auf die Perronverlängerung in Niederwangen an. Es geht hier nicht um den konkreten Fall oder um Kritik, sondern um die Frage der Finanzkompetenzen. Gemäss Aussage der Gemeinde waren keine Anpassungen für die Regelung der Finanzkompetenzen vorgesehen. Im Verwaltungsbericht 2011 ist nun aber auf Seite 10, unter dem Titel "aktualisierte und neue Weisungen", aufgeführt, dass die Weisung F W 1, Finanz- und Ausgabekompetenzen, geändert worden ist. Unsere Frage: Hat diese Änderung mit dem vorliegenden Fall zu tun? Ist etwas geändert worden? Grundsätzlich interessiert uns, wie der Gemeinderat oder die Verwaltung mit unseren kritischen Anmerkungen umgehen. Wo ist das nachzulesen? Der Verwaltungsbericht würde aus unserer Sicht einen grossen Mehrwert bieten, wären solche Resultate besser ersichtlich.

**Fraktionssprecher Adrian Burkhalter (SVP):** Ich danke den Verfassern des Verwaltungsberichts für die Arbeit bestens. Es wurde viel geschrieben, viele Statistiken sind aufgeführt. Es ist gut ersichtlich, was die Gemeinde während eines Jahres alles geleistet hat.

Die SVP-Fraktion dankt für die Arbeit und wird den Verwaltungsbericht genehmigen.

**Fraktionssprecher Urs Maibach (Grüne):** Die Fraktion der Grünen dankt dem Gemeinderat und speziell der Verwaltung für die enorme und gute Arbeit, die einmal mehr für den Verwaltungsbericht geleistet worden ist.

Jedes Jahr bin ich von Neuem beeindruckt von der im Verwaltungsbericht zu findenden Fülle an Informationen über die Gemeinde Köniz. Ich brauche dieses Instrument immer wieder, um an Informationen zu gelangen. Oft finde ich hier bereits eine ausführliche und befriedigende Antwort auf eine Frage. Damit erübrigt es sich oft, die Verwaltung im Laufe des Jahres bemühen zu müssen. Ich kann mir sogar vorstellen, dass durch regelmässiges und intensives Lesen des Verwaltungsberichts sogar der eine oder andere Vorstoss vermieden werden könnte. Sehr gut finden wir die Ausblicke, die jeweils am Schluss aufgeführt sind.

Damit wird ein guter Überblick darüber gegeben, was im Folgejahr angedacht und zum Teil angefangen oder bereits erledigt ist. Die Rubrik Ausblick wird jedoch in jeder Abteilung anders gewichtet. Es gibt sehr ausführliche und informative, aber auch sehr spartanisch verfasste Ausblick-Rubriken. Wir wären froh und dankbar, wenn gerade diese Rubrik, die für das Aktuelle des folgenden Jahres wichtig ist, überall auf das gleiche Niveau gebracht werden könnte.

Die Fraktion der Grünen wird den Verwaltungsbericht einstimmig genehmigen und dankt herzlich für die Verfassung.

**Fraktionssprecherin Erica Kobel-Itten (FDP):** Die Einführung des Gemeinderats zum Verwaltungsbericht 2011 liest sich wie eine Erfolgsstory, mit einer schon fast leichten Tendenz zur Übertreibung. Vom Donnschtig-Jass über den European Energy Award bis hin zum 100-Jahr-Jubiläum der Wasserversorgung. Wahrlich, Köniz kommt nicht aus dem Feiern heraus. Man ist versucht, sich auf die Schultern zu klopfen, was man auch darf – aber nicht nur. Die Arbeit geht weiter und davon gibt es viel. Der Verwaltungsbericht zeigt sachlich und umfassend auf, welche Projekte anstehen, welche Baustellen vorhanden sind und was erledigt worden ist. Auch wenn wir immer wieder über den Verwaltungsaufwand diskutieren, der für die Erstellung des Verwaltungsberichts ausgelöst wird und uns fragen, ob sich das lohnt nicht, gelangen wir immer wieder zur Auffassung, dass sich diese Arbeit lohnt. Damit liegt ein Bericht vor, der mehrmals zur Hand genommen werden und uns als gute Grundinformation dienen kann. Zusammen mit den Verwaltungsbesuchen wird so gewährleistet, dass eine fundierte Kenntnis der Verwaltungstätigkeit vorhanden ist. Durch die Rubrik Ausblicke – die durchaus noch umfassender abgefasst werden kann – ist der Verwaltungsbericht nicht nur Vergangenheitsbewältigung, sondern er informiert uns auch über die geplante Zukunft.

Ich danke an dieser Stelle herzlich für die geleistete Arbeit. Die FDP-Fraktion wird den Verwaltungsbericht einstimmig genehmigen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich danke für die lobenden Worte zum Verwaltungsbericht. Das Jahr 2011 war tatsächlich gut und das haben wir in der Einleitung entsprechend festgehalten. Wir dürfen gemeinsam Freude an der positiven Entwicklung der Gemeinde Köniz haben und dass wir 2011 einige Höhepunkte feiern durften, wie z. B. den Donnschtig-Jass, die 100-Jahr-Feier eigenständige Wasserversorgung oder die "Champions-League-Rangierung" unter den Energiestädten in Europa.

Zu den einzelnen Voten:

Hansueli Pestalozzi hat festgehalten, dass die Situation etwas speziell ist, wenn in einem Traktandum über die verbrauchten Finanzen beraten wird und im nächsten über die erbrachten Dienstleistungen diskutiert wird, jedoch nie über beide Themen gleichzeitig. Ich bin sehr daran interessiert konkreter zu hören, wie man sich diese Diskussion vorstellt und in dieser Frage offen. Festzuhalten ist: Das von Hansueli Pestalozzi angesprochene Verbesserungspotenzial für den Verwaltungsbericht ist strukturell aufgrund der Schaffung der Finanzkommission, die Budget- und Finanzplanung vornimmt und der GPK, die die Verwaltung beaufsichtigt, nicht einfach zu lösen. Ich bin gespannt, welche Lösungen dafür gefunden werden. Der Gemeinderat ist bereit, sich bei der Suche nach einer guten Lösung einzubringen.

Ich persönlich bin der Meinung, dass die vorliegende Lösung was die Aufarbeitung, Abwicklung, Verfassung und Anzahl Seiten des Verwaltungsberichts anbelangt, vernünftig und effizient ist. Die Sache ist gut organisiert, es werden keine Papierberge produziert.

Die Frage von Franziska Keller in Bezug auf die die Änderung der Weisung F W 1, kann ich nicht so aus dem Stegreif beantworten. Gemeindeschreiberin Beatrice Zbinden teilt mir mit, dass die obgenannte Weisung tatsächlich eine Änderung erfahren hat. Mit dieser Änderung ist klar festgehalten, dass die für die Einhaltung der Zahlungskonditionen (Kreditoren) verantwortliche Person auch für die Einhaltung von Rabatten und Skonti verantwortlich zeichnet. Diese Frage wäre in der GPK an sich gut aufgehoben gewesen. Die Abklärungen hätten bereits stattfinden und das Protokoll entsprechend ergänzt werden können. Zur Frage, wie der Gemeinderat Stellung zu kritischen Hinweisen des Parlaments nimmt, muss ich Folgendes festhalten: Wir erhalten an jeder Parlamentssitzung kritische Hinweise und es ist nicht einfach, eine Beurteilung oder Bewertung vorzunehmen. Ein kritischer Hinweis eines einzelnen Parlamentsmitglieds kann unter Umständen nicht für das ganze Parlament relevant sein. Wir nehmen solche Hinweise in der Regel auf und nehmen dazu Stellung, wenn auch nicht zusammengefasst im Verwaltungsbericht. Diese Frage möchte ich, bevor ich hier Stellung dazu nehme, mit meinen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen beraten. Vielleicht kann bilateral noch geklärt werden, was mit dieser Frage definitiv gewünscht ist.

Ich danke Urs Maibach für seinen Hinweis, dass durch intensives Lesen des Verwaltungsberichts unter Umständen die Einreichung eines Vorstosses vermieden werden könnte. Der Gemeinderat versucht, bei Hinweisen in die Tiefe zu gehen und Sie direkt oder per Telefon zusätzlich zu informieren. Urs Maibach hat gesagt, dass die Rubrik Ausblick im Verwaltungsbericht von jeder Verwaltungseinheit auf das gleiche Niveau zu bringen ist. Beim Durchblättern habe ich den Eindruck, dass wir hier auf einem guten Weg sind, offenbar aber noch nicht zur Zufriedenheit der Grünen Köniz. Wir versuchen aber, den steten Ansprüchen zu genügen. Ich halte hier aber fest, dass einige Abteilungen aufgrund ihrer Tätigkeit einen besseren Ausblick auf ihre strategische Zukunft geben können als andere, deren Arbeit auch wichtig ist, jedoch eher im courant normal liegt. Hier bringe ich einen Vorbehalt an.

---

### **Beschluss**

Der Verwaltungsbericht 2011 wird genehmigt.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

## **5. Reklameordnung und 0204 Motion (SP) "Reklamereglement in der Gemeinde Köniz"** Beschluss Reklameordnung und Abschreibung Vorstoss; Direktion Planung und Verkehr

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Mit den Sitzungsakten haben Sie den Bericht und Antrag des Gemeinderats erhalten sowie die Abstimmungsbotschaft und den Stimmzettel. Mit Nachversand sind Ihnen der Wortlaut der Motion 0204 "Reklamereglement in der Gemeinde Köniz" und der zur Abstimmungsbotschaft gehörende korrigierte Plan zugestellt worden.

Das Vorgehen: Zuerst spricht die Präsidentin der Kommission Reklameordnung. Danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten sowie die Detailberatung. Über das Vorgehen zu den einzelnen Abstimmungen werde ich jeweils kurz vorher informieren.

**Präsidentin Kommission Reklameordnung Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Mit der Reklameordnung liegt uns – ich gebe es zu – ein sehr dichtes Werk vor. Es möchte jedoch berechnete Interessen in einen harmonischen Einklang bringen, Reklame für verschiedenste Inhalte und an unterschiedlichsten Orten und ganz im Sinn des Wackerpreises "die Erhaltung eines harmonischen Orts- und Landschaftsbildes". Dieses übergeordnete Ziel darf beim Einstieg in die Reklameordnung nicht verloren gehen. Das wurde im Auftrag der 2003 überwiesenen Motion 0204 "Reklamereglement in der Gemeinde Köniz" zum Schutz vor übermässig viel Reklame und Plakaten ausgearbeitet. Die Erfüllungsfrist für die Motion wurde 2005 verlängert und 2007 wurde sie nicht abgeschrieben, das soll erst mit der Vorlage der Reklameordnung der Fall sein. Somit liegt ein klarer Parlamentsauftrag vor, der zur Erarbeitung der vorliegenden Reklameordnung führte. Im Juni 2009 wurde die aus 7 Mitgliedern bestehende nichtständige "Kommission Reklamereglement" eingesetzt. Die Kommission setzte sich seit Oktober 2009 in 10 Sitzungen intensiv mit der Reklameordnung auseinander. Bevor die Kommission in den ersten Entwurf einstieg, hat sie – wie vom Parlament verlangt – an ihrer ersten Sitzung vorab über die Notwendigkeit diskutiert und einen Grundsatzentscheid getroffen. Mit 4 : 3 Stimmen kam die Kommission zum Schluss, dass eine Reklameordnung notwendig ist. Die wichtigsten Gründe dafür waren: Die Gemeinde soll ihren Gestaltungsspielraum wahrnehmen. Das übergeordnete Recht sagt nichts zu Grösse, Dichte, Formen oder Arten von Reklame. Wenn die Gemeinde zum Schutz des Ortsbildes und der Landschaft gestaltend wirken will, muss sie eigene Vorschriften erlassen; dies ergänzend zum übergeordneten Recht. Beschwerdeverfahren in anderen Gemeinden haben gezeigt, dass man sonst vor oberen Instanzen, allein gestützt auf einen Ästhetik-Artikel z. B. im Baureglement, keine Chance hat. Weitere Gründe waren: Eine Regelung bringt Klarheit und Rechtssicherheit und schliesslich bestehen neue Werbemöglichkeiten, z. B. bei der Leuchtreklame, für die – auch zum Schutz von Mensch und Umwelt – unbestritten neue Regelungen notwendig sind.

Der erste Entwurf ist aus einer Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und dem Beizug von externen Fachleuten entstanden. Die Kommission hat den Entwurf in sechs Sitzungen umfassend beraten, den Fachpersonen Fragen gestellt und nicht nachgelassen. Der Kommission war wichtig, Inhalt und Tragweite der Reklameordnung wirklich zu verstehen. Die Zusammenarbeit in der Kommission war trotz unterschiedlicher Auffassung über die Notwendigkeit wirklich gut, lehrreich, spannend und konstruktiv.

Dafür danke ich an dieser Stelle allen Kommissionsmitgliedern und jenen, die einmal Einsitz hatten. Das Reglement selber ist maximal durchdacht, nur ganz wenige Beschlüsse sind knapp ausgefallen, die meisten wurden einstimmig gefällt. Sie konnten den Unterlagen entnehmen, dass die Reklameordnung viele Freiheiten für Eigenreklame will. Das nützt dem ansässigen Gewerbe und den hiesigen Vereinen. Sie will aber auch einen klar definierten Rahmen für Fremdreklame. Eigenreklame, die gemäss kantonalem Recht bewilligungsfrei ist, wird dies auch weiterhin sein. Zum Schutz des Ortsbildes gibt es jedoch in Art. 14 wenige zusätzlichen Vorschriften für das Format und für Reklame in Schutzgebieten. Für Fremdreklame gilt im Sinn der Motion der Grundsatz der Positivplanung, d. h. Fremdreklame ist gezielt dort erlaubt, wo sie im Plakatierungsplan vorgesehen ist. Je nach Zone kann unterschiedlich dicht Reklame bewilligt werden. Der Plakatierungsplan ist sinnvollerweise auf die laufende Ortsplanungsrevision abgestimmt. In ländlichen Gebieten gelten Regelungen für eine lockere Plakatierung. Entlang der Haupterschliessungsachsen in den städtischen und stadtnahen Gebieten, an Orten mit mehr Publikumsverkehr – z. B. Bahnhöfe –, darf sie dichter ausfallen. Verstärkt durch die Mitwirkung wurden Anliegen von Sportvereinen, Vereinen, Kulturveranstaltenden berücksichtigt. Durch die vorgeschlagenen Anschlagstellen sind auch die Anliegen von Gastronomiebetrieben und Dorfläden berücksichtigt worden, die nicht an einer Basiserschliessungsstrasse liegen. Mit vier zusätzlichen Zonen ist den speziellen Werbebedürfnissen von Veranstaltungen, Wahlen und Abstimmungen, zusätzlich zum bereits Möglichen, Rechnung getragen worden. Besonders hinweisen möchte ich auf die gemeinsamen Bestimmungen, die für alle Reklamen gültig sind. Eine Auswahl: In Art. 9 und 10 ist der Schutz vor Lichtverschmutzung festgehalten, was auch als berechtigtes Anliegen anerkannt wurde. In Art. 8 der Schutz des Ortsbildes und der Landschaft. In Art. 7 Abs. 3 wollte man dem Gemeinderat die Möglichkeit geben, damit er sofort handeln kann, wenn wirklich einmal Plakate mit klar diskriminierenden oder gegen die guten Sitten verstossenden Inhalte auftauchen würden. Im Übrigen gilt für alle bestehende Reklame der Besitzstand und bei besonderen Verhältnissen können auch Ausnahmen gewährt werden.

Zwischen der sechsten und siebten Sitzung folgte eine grosse Pause. Anlässlich der siebten Sitzung im März 2011 wurde der Kommission ein völlig überarbeitetes Reglement mit nur noch einem Plakatierungsplan vorgelegt, was diese zuerst als leicht irritierend empfand. Sie wollte Aufschluss darüber, weshalb das Reklamereglement – neu Reklameordnung – völlig überarbeitet worden ist. Vor allem aber war die Kommission darüber erstaunt, dass dieser Entwurf, trotz dem Beizug von Experten im ersten Entwurf, besser ausgefallen ist. Die Rückmeldungen des AGR (Amt für Gemeinden und Raumordnung) und auch intern vor allem zur Praktikabilität, haben zu dieser Überarbeitung geführt. Weil der erste Entwurf aber verschiedene Erkenntnisse gebracht hatte und eine gute Vorarbeit war, blieb er trotzdem wichtig. Tatsächlich überzeugte die neue überarbeitete Reklameordnung auch die Kommission, da sie besser, klarer im Aufbau, transparenter, verständlicher und mit nur noch einem Plakatierungsplan und vier Zonen, leichter umzusetzen ist. Die Kommission hat die neue Reklameordnung an weiteren drei Sitzungen beraten und die Artikel mit ganz wenigen Ausnahmen einstimmig gutgeheissen. Ausnahmen sind: Der Aufnahme von Vergabekriterien in Art. 5 Abs. 3 ist mit 3 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt worden, eine Person war abwesend. Beim Betrieb von Leuchtreklame hat die Kommission ebenfalls mit 3 Ja-, 2 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung und einer Abwesenheit, für die Ausschaltung ab 22.00 Uhr votiert. Dies gemäss Empfehlung des BAFU (Bundesamt für Umwelt). Im März 2011 hat die Kommission die Reklameordnung inklusivem Plan mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung in die Auflage und das zweite Mitwirkungsverfahren geschickt. Im Juni 2012, in der zehnten und letzten Sitzung, hat sie die wenigen Änderungen aus der letzten Etappe und den Beschluss des Gemeinderats zur Kenntnis genommen. Darunter auch die vier zusätzlichen Zonen für Reklame von Veranstaltungen, Wahlen und Abstimmungen. Diese Zonen an den Ortseingängen von Thörishaus, Oberwangen, Schliern und Schlatt, konnten mit Verträgen gesichert werden, da dafür die Zustimmung der Grundeigentümer notwendig ist. In den Ihnen zuerst gesandten Unterlagen war ein Druckfehler vorhanden, der korrigiert und Ihnen mit Nachversand zugestellt worden ist. Der Plan wird im Gesamten korrigiert, sollte die Abstimmung stattfinden. Nach der Informationsveranstaltung für das Parlament am 4. Juni 2012 beschloss die Kommission eine letzte Ergänzung in Bezug auf das neue Element Bildschirme. Der Antrag zu Art. 11 liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Kommission empfiehlt dem Parlament zuhanden der Stimmbevölkerung mit 3 Ja- und 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung und 1 krankheitshalber Abwesenheit – die übrigens Ja gestimmt hätte –, der Reklameordnung zuzustimmen. Die Kommission empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Plan zuhanden der Stimmbevölkerung zuzustimmen.

Ich gebe Ihnen die Gründe bekannt, die gegen die Annahme der Reklameordnung sprechen: Die Reklameordnung ist nicht notwendig und schränkt die Flexibilität ein. Der Markt reguliert sich selber.

Einige wenige Artikel im Baureglement wären genügend Gründe, die für die Reklameordnung sprechen. Nur mit einem Reglement wird der Gestaltungsauftrag der Motion 0204 "Reklameordnung in der Gemeinde Köniz" erfüllt. Die Reklameordnung ist eine Rechtssicherheit bietende schlanke Lösung. Es handelt sich um ein gut umsetzbares Instrument.

Seit 2006 ist eine Planungszone gültig, die nach der Motionseinreichung erarbeitet worden ist. Seitdem sind wir von Plakatierungen schlicht verschont geblieben. Wir wissen demnach nicht genau, was ohne eigene Gemeinderegelung wäre. Das muss mitbedacht werden, fand die Kommissionsmehrheit. Die sistieren Gesuche – 16 oder 17 sind bis jetzt eingegangen – zeigen, dass auf jeden Fall einiges auf die Gemeinde Köniz zukommen wird. Die enthaltende Stimme fand, dass das Parlament und die Stimmbevölkerung nach der langen Arbeit nun darüber entscheiden sollen. Sollte die Stimmbevölkerung der Reklameordnung zustimmen, soll die Verwaltung damit arbeiten und Erfahrungen sammeln. Wenn nötig, werde ich im Verlauf der Debatte auf die weiteren Anträge zurückkommen.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten?

**Fraktionssprecherin Erica Kobel-Itten (FDP):** Die FDP-Fraktion stellt Antrag auf Nichteintreten auf das Geschäft. Von Anfang an war die FDP-Fraktion gegen die Erarbeitung eines speziellen Reglements im Bereich der Reklame. Wir sind der Überzeugung, dass Grundsätzliches mit einem viel kleineren Aufwand im Baureglement geregelt werden könnte.

**Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP):** Was lange währt, wird endlich gut, aber nicht immer. Der nun vorliegenden Reklameordnung liegt die Motion "Reklamereglement in der Gemeinde Köniz" zugrunde, die von der SVP-Fraktion nicht erheblich erklärt worden ist. Die SVP-Fraktion unterstützte bei der Einsetzung der Spezialkommission den Antrag, dass diese zuerst die Notwendigkeit eines solchen Reglements überprüfen soll. In dieser Überprüfung bestritt die SVP-Fraktion die Notwendigkeit, unterlag jedoch damit. Die Kommission Reklamereglement wurde 2009 eingesetzt. Die erste Version des Reglements, das durch externe Experten erarbeitet worden ist und die Kommission während sechs Sitzungen beschäftigte, wurde später zurückgezogen, weil die Sache zu komplex, zu kompliziert und auch zu teuer geworden ist. Die nun vorliegende Fassung ist durch das Bauinspektorat und die Fachstelle Recht erarbeitet worden. Dieser Arbeit kann ein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Die Reklameordnung ist wesentlich transparenter, einfacher und bürgernäher. Ich spreche den daran mitarbeitenden meinen Dank aus.

Aus folgenden Gründen lehnt die SVP-Fraktion die Reklameordnung trotzdem ab: Wie bereits ausgeführt, bestritt die SVP-Fraktion die Notwendigkeit dieses Instruments von Anfang an. Das übergeordnete Recht regelt den grössten Teil in Sachen Reklame. Es gibt einige Lücken in Bezug auf kommerzielle Fremdreklamen, die jedoch mit einem Artikel im Baureglement geschlossen werden können. Dieser Artikel besteht auf dem Papier, der Gemeinderat hat ihn in der Kommission als Alternative zur Reklameordnung vorgelegt. Wir müssen unsere Gründe darlegen, damit diese in der Abstimmungsbotschaft erwähnt werden.

**Fraktionssprecher Urs Maibach (Grüne):** Wie die Kommissionspräsidentin bereits ausführlich darlegte, handelt es sich um eine umfangreiche Vorlage, in die für die Bearbeitung bereits viel Geld und vor allem viel Arbeit gesteckt wurden. Die Fraktion der Grünen ist deshalb enttäuscht, wenn das Geschäft nun nach dieser langen Vorarbeit so umstritten ist, dass sogar die Frage gestellt wird, ob die Reklameordnung überhaupt notwendig ist, denn man sehe kein Problem, einige Artikel im Baureglement genügen dafür. Das kann ich in gewissem Sinn aus folgendem Grund nachvollziehen: Zurzeit bestehen keine sichtbaren Probleme mehr mit übermässiger Plakatierung. Das hat jedoch seinen Grund darin, dass nachdem die Motion 0204 "Reklameordnung in der Gemeinde Köniz" erheblich erklärt wurde, eine Planungszone, d. h. faktisch ein Moratorium, verfügt worden ist. Damit wird übermässige Plakatierung so lange verhindert, bis ein Reglement erstellt und genehmigt ist. Die vorhin erwähnte Motion wurde vor ziemlich genau 10 Jahren eingereicht. Von den damaligen Unterzeichnenden sitzt kein Mitglied mehr im Parlament, einzig zwei ehemalige sind nun Gemeinderatsmitglieder. Ich selber erinnere mich gut an eines meiner ersten Parlamentsgeschäfte. Damals erachtete ich es als unbedingt notwendig, dass die Plakatierung geregelt werden muss, weil in den vorhergehenden Jahren die Reklamewände wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Immer wieder hiess es, diese Reklamewände müssen genehmigt werden, weil keine gesetzliche Regelung vorhanden ist. Die Motion ist somit zwingend notwendig. In der vorliegenden Reklameordnung soll die Fremdplakatierung restriktiver gehandhabt werden, damit die Eigenreklame gefördert werden kann.

Das scheint mir ein grosser Vorteil für alle ortsansässigen Firmen. Aus dieser Sicht sollte die Reklameordnung von bürgerlicher Seite gestützt werden, kommen damit doch alle Eigenreklamen der ansässigen Firmen stärker zur Geltung. Dass die Erarbeitung so lange dauerte, ist sehr unbefriedigend und unschön.

Nichtsdestotrotz wollen wir Grünen der Reklameordnung eine Chance geben und stimmen dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu. Wir werden den Ergänzungsanträgen der Kommission zustimmen, wie auch dem Plakatierungsplan und der Botschaft mit den vorgeschlagenen Änderungsanträgen.

**Fraktionssprecher Mario Fedeli (SP):** Der von Liz Fischli vorhin erwähnte Nichtanwesende bei der Beratung des Geschäfts war ich selber und ich hätte tatsächlich ja gestimmt.

Ich bin etwas unvorbereitet, weil ich davon ausgegangen bin, dass kein Rückweisungsantrag gestellt wird. Weshalb nicht? Nachdem das Parlament die Motion 0204 "Reklameordnung in der Gemeinde Köniz" 2003 erheblich erklärte; nachdem 2007 das Parlament erklärte, der Abschreibung der Motion erst dann zuzustimmen wenn ein Reglement vorhanden ist; nachdem zu Beginn der Kommissionssitzung 2009 eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder ebenfalls für die Erarbeitung eines Reklamereglements gefunden wurde und nachdem nach Abschluss der Kommissionsarbeiten – notabene nach einem sehr aufwändigen Prozess – das Reglement wiederum eine Kommissionsmehrheit gefunden hat, haben wir die Diskussion mindestens zum fünften Mal und das hätte ich nicht gedacht. Inhaltlich scheint die Reklameordnung unbestritten zu sein. Ich frage mich, wer dermassen grosse Angst vor einem Reglement hat, dass mit einer Rückweisung das damalige Parlament desavouiert wird, dass die Kommissionsmitglieder und ihre Arbeit desavouiert werden, dass die Fachpersonen und Mitarbeitenden der Gemeinde Köniz und ihre Arbeit desavouiert werden und dass dem Volk die Frage nicht vorgelegt werden soll.

Weshalb soll überhaupt ein Reglement bestehen? Als erstes Argument gegen die Erarbeitung eines Reglements wird immer wieder auf zu viel Bürokratie hingewiesen. Wir wollen – wie alle anderen auch nicht – kein zu viel an Bürokratie. Wir wollen keine komplizierten Abläufe; hier sind wir uns alle einig. Uneinig sind wir uns aber dort, wo es um die Frage geht, welche Regelungen und in welchem Detaillierungsgrad notwendig sind und welche nicht. Der dogmatisch anmutende Antireglementsreflex ist dabei nicht hilfreich. Ebenso wenig der Hinweis, dass dieses oder jenes Reglement früher nicht bestanden habe und man auch ohne dieses leben können. Der Mensch hat stets den Wunsch nach Klarheit und einen natürlichen Hang zur Detailgenauigkeit, um Streit und Auseinandersetzungen zu vermeiden. So habe ich in einem uralten irischen Gesetzestext eine detaillierte Aufzählung von Strafen bei Körperverletzung gefunden. Dort wird unterschieden zwischen Entschädigungen für den Verlust eines Arms, einer Hand, einem Zeigefinger, einem Nagel, für einen Schlag auf den Kopf so dass das Hirn sichtbar wird, usw. Unsere Welt heute ist komplex und wird täglich komplexer. Deshalb sind laufend neue Regelungen und Gesetze notwendig. Vor 100 Jahren waren keine Regelungen für Tempobeschränkungen notwendig und vor 30 Jahren keine Datenschutzbestimmungen zu Google Earth. Wer behauptet, das übergeordnete Recht werde es schon richten, verschliesst die Augen vor der Komplexität der Materie; so einfach geht es nicht. Dieses Recht hat Lücken und genügt nicht, wie verschiedene Beispiele zeigen. Die Lösung für die vorliegende Problematik muss nicht hauptsächlich einfach, sondern vor allem zielführend sein. Ein schlauer Mensch sagte einmal: "Für jedes komplexe Problem gibt es ein ganz einfache Lösung und die ist falsch."

Die SP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecher Philippe Guéra (BDP):** Aus Sicht der BDP-Fraktion besteht kein Anlass, nicht auf das Geschäft einzutreten. Wir sind der Auffassung, dass sich das Parlament materiell zur nun endlich vorliegenden Reklameordnung äussern soll. Auch die BDP-Fraktion ist nicht sehr begeistert über den Werdegang des Geschäfts. Ich muss hier allerdings festhalten, dass wir nicht von Anfang an dabei waren. Ob sich jedoch viel geändert hat, wage ich zu bezweifeln. Inhaltlich stellen auch wir uns die Frage, ob die nun vorliegende aufwändig erarbeitete Reklameordnung die einzig richtige Lösung darstellt. Es gibt tatsächlich – wie so oft – valable Gründe sowohl pro als auch kontra. Die Kommission hat jedoch bereits am 10. März 2011 mit 6 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen, das Verfahren bezüglich der neuen Reklameordnung fortzusetzen und zu Ende zu führen. Logisch und konsequent scheint uns deshalb, dass das Parlament heute materiell dazu Stellung nimmt, wie auch immer, damit die "Zauberlehrlingsübung" endlich abgeschlossen werden kann.

In diesem Bereich besteht offensichtlich Regelungsbedarf, wie auch vonseiten der Verwaltung zu hören war. Stichwort: Rechtssicherheit in einem ungeregelten Bereich.



Wie meistens werden Tauglichkeit und Effizienz einer Regelung von jenen Personen abhängig sein, die sie umzusetzen haben. Die vorgeschlagene Lösung präsentiert sich zwar nicht als Inbegriff liberaler Werte, sie imponiert aber durch einige Freiheiten im Bereich der Eigenreklame und durch die Wahrung des Besitzstands. Schliesslich kann eine präventive Wirkung erwartet werden.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Es liegt ein Nichteintretensantrag vor, über den wir nun abstimmen müssen.

---

### **Beschluss**

Der Antrag auf Nichteintreten auf das Geschäft Reklameordnung wird abgelehnt.  
(abgegebene Stimmen 25 für Eintreten, 14 dagegen)

---

**Fraktionssprecherin Erica Kobel-Itten (FDP):** Zuerst etwas Grundsätzliches: Der Erhalt des Wakkerpreises hat rein gar nichts mit der Reklameordnung zu tun, betrachtet man die Laudatio für den Wakkerpreis: "Die Gemeinde Köniz erhält den Wakkerpreis für ihre vorbildliche Siedlungsentwicklung, die für Agglomerationsgemeinden Modellcharakter hat. Ihre wichtigsten Vorzüge sind eine klare Abgrenzung zwischen dem Siedlungsgebiet, der Kulturlandschaft, eine Verkehrsplanung, die auf der Koexistenz aufbaut und ebenso die Bewahrung der Identität der verschiedenen Ortsteile." Von Ortsbild ist nichts geschrieben und einem Artikel der BZ dazu wurde festgehalten, dass es nicht um das Ortsbild geht. Wichtig ist, dass die Länge einer Gesetzesdiskussion und die dabei verursachten Kosten nicht dazu legitimieren, dass ein Gesetz durchgezogen wird.

Die FDP-Fraktion stellte sich von Anfang an gegen die Realisierung eines Spezialgesetzes im Bereich der Reklame. Die FDP-Fraktion wehrt sich gegen jedes unnötige Gesetz, nicht nur gegen die Reklameordnung. Dort wo es wirklich wichtig ist, sollen gesetzliche Regelungen bestehen. Dort aber, wo anders geregelt werden kann, sollen grundsätzliche Freiheiten belassen werden und man soll den gesunden Menschenverstand walten lassen. Wir sind überzeugt, dass die vorliegende Reklameordnung nicht notwendig ist. Die Verwaltung selber ist der Meinung, dass die Reklameordnung nur präventiven Charakter haben soll, dafür wird aber viel Bürokratie geschaffen: Dem Anwender viel Kopfzerbrechen bei der Einreichung von Gesuchen und unnötige Schwierigkeiten. In übergeordneten Gesetzen bestehen Regelungen, die gewisse wichtige Bestimmungen enthalten. Wir sprechen der Verwaltung nicht grundsätzlich ab, dass gewisse Regelungen getroffen werden sollen, damit Punkte festgesetzt werden können. So finden wir z. B. den Schutz vor der so genannten Lichtverschmutzung sinnvoll. Das findet jedoch in einem Abschnitt im Baureglement Platz. Damit wäre in einem Gesetz eine saubere Sache vorhanden. Von Anfang an hätte dieser Weg eingeschlagen und damit viel Geld eingespart werden können. Das haben wir immer wieder zu erreichen versucht, indem wir von Anfang an in der Kommission für das Nichteintreten plädiert haben. Dass die FDP-Fraktion trotzdem in der Diskussion mittut und mit versucht, etwas Vernünftiges zu erarbeiten, liegt in der Natur der Sache.

Die Reklameordnung ist wie gesagt bürokratisch und verursacht zusätzlichen Aufwand wie auch Kosten. Zudem muss beachtet werden, dass gerade das Werbewesen sehr schnell und flexibel ist. Neue Werbeträger entstehen, neue Ideen kommen auf den Markt und ein Reglement hinkt sehr schnell hinter her. Jede Änderung erfordert eine Gesetzesänderung und eine Volksabstimmung, was in unseren Augen nicht zeitgemäss ist. Zudem werden Plakatierungen für Vereine, für Private und für Anlässe eingeschränkt. Auch das ist unserer Meinung nach nicht gut. Zudem, sind wir der festen Überzeugung, entscheidet der Markt sehr selbstständig, wo Reklame entsteht und wo nicht. An nicht stark frequentierten Orten wird Reklame immer eine untergeordnete Bedeutung haben. Zu viel Werbung ist mir bis anhin nur bei bevorstehenden Wahlen begegnet, mich hat dies aber noch nie gestört.

Zusammenfassend: Die Angstmacherei, indem hypothetisch erklärt wird, wenn das Moratorium nicht mehr bestehen wird, könnten unzählige Werbeplakate auf uns zukommen, usw. glaube ich nicht.

**Fraktionssprecher Bernhard Zaugg (EVP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat dieses Geschäft geprüft. Als Newcomer bin ich mit der langen Geschichte des Vorstosses konfrontiert worden. Als Jurist kann ich die Geschichte neutral angehen und das ist für mich dankbar. In diesem Zusammenhang danke ich der Verwaltung für die persönliche und gute Einführung in die Materie.

Die ganze Geschichte ist eine Zangengeburt. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass die vorliegende Reklameordnung nur noch aus einigen Fragmenten besteht.

Mit der vorliegenden Regelung besteht ein Konzentrat, das der Verwaltung in die Hände spielt, damit diese die auf sie zukommenden Fragen beantworten kann. Man kann aber auch der Meinung sein, es handle sich um so genannte Beschäftigungstherapie oder erklären, es ist sinnvoll eine Regelung in unseren Reihen selber vorzunehmen. Die Regelung erscheint mir ausgewogen. Im Kommentar zur Reklameordnung, der mir bei der Prüfung des Geschäfts hilfreich war, ist ein grosses Mass an Rechtssicherheit vorhanden, etwas das bis anhin zu wenig hervorgehoben worden ist. Wenn nun viel von Ortsbild oder vom Wakkerpreis zu hören war, möchte ich die Vision von Gemeindepräsident Luc Mentha weitertragen: Beim Erhalt des nächsten Wakkerpreises mit dem Stichwort Ortsbild, haben wir dies im Reglement gut umgesetzt.

Damit habe ich gesagt, dass unsere Fraktion der Reklameordnung zustimmen wird. Die Regelung ist unseren Augen gut. Eine Anmerkungen zu jenen zwei, drei Artikeln, die die Gegner der Reklameordnung stattdessen ins Baureglement aufnehmen wollen: Ich wäre gespannt auf die Lösung, wenn die vorhandene Reklameordnung noch einmal so stark gefiltert werden kann, dass eine gute Lösung mit zwei oder drei Artikeln im Baureglement Platz findet.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen, wie auch den Änderungsanträgen.

**Stefan Lehmann (SVP):** Ich begründe hier, weshalb die SVP-Fraktion die Reklamenordnung ablehnt: Es wird angeführt, dass einige Gemeinden im Kanton Bern bereits über ein solches Reglement verfügen. Im Kanton Bern gibt es aber auch Hunderte von Gemeinden, die über kein solches verfügen und bis anhin hatte beim Autofahren durch den Kanton Bern noch nie das Gefühl, dass zu viel Werbung aufgestellt ist. Offenbar haben die Gemeinden ohne Reglement ihre Reklame im Griff. Ein grosses Problem sind in unseren Augen die so genannten VWA-Zonen (Zonen für Reklamen für Veranstaltungen, Wahlen und Abstimmungen). Jede Ortschaft soll am Ortseingang eine solche Zone erhalten, die mit einer Dienstbarkeit aus der Landwirtschaftszone umgezont wird. Bis jetzt hat die Gemeinde Köniz jedoch nur vier solche Zonen gefunden, die sich notabene alle auf gemeindeeigenem Land befinden. Alle anderen Dorfeingänge sind nicht geregelt, weil die privaten Eigentümer nicht bereit sind, die Verträge zu unterzeichnen und das ist in meinen Augen ein Stück weit verständlich. Mir ist – ohne Gewähr – auch zu Ohren gekommen, dass Landeigentümern gesagt worden sei, sie sollen den Vertrag unterzeichnen, weil sonst in Zukunft alles weggeräumt werde was auf diesem Stück Land stehe. Das zeigt auf, welche Probleme in Zukunft entstehen können. Es besteht kein Grund, in diesem Bereich zu reglementieren, denn bis jetzt sind die Dorfeingänge ohne Mitwirkung der Gemeinde bewirtschaftet worden. Was passiert mit den Dorfeingängen ohne diese VWA-Zonen? Konflikte sind hier vorprogrammiert und wir können davon ausgehen, dass gewisse Bürger das Reglement einen Papiertiger nennen. Jedes Reglement generiert Verwaltungsaufwand, das wird auch beim Vorliegenden der Fall sein. Irgendeinmal werden für die Umsetzung zusätzliche Stellenprozente notwendig sein. Ausserdem ist Werbung ein Bereich der Wirtschaft, generiert Arbeitsplätze und ist nicht nur schlecht.

Grundsätzlich sind wir nicht gegen die Volksabstimmung, wir müssen uns hier aber gegen die Reklameordnung stellen, damit unsere Argumente in der Botschaft aufgeführt sind.

Zur Aussage, dass mit einer Rückweisung der Reklameordnung viele desavouiert würden: Die Abstimmungen in der Kommission sind immer sehr knapp ausgefallen und ich glaube nicht, dass die Kommissionsminderheit, die auch nach 10 Jahren an ihrer Position festhält, damit die Kommissionsmehrheit desavouiert. In der Demokratie sollte erlaubt sein, eine Überzeugung auch nach 10 Jahren noch zu vertreten.

**Mario Fedeli (SP):** Wir wollen die Reklameordnung nicht nur deshalb, weil die Erarbeitung lange dauerte, sondern wir wollen sie, weil sie notwendig ist. Sie ist deshalb notwendig, weil einzelne Artikel im Baureglement oder sonst irgendwo nicht genügen. Eine genauere Prüfung der Reklameordnung zeigt, dass das Zusammenspiel der diversen Artikel zu einem sinnvollen Ganzen führt. Wer die ursprüngliche – zugegebenermassen nicht leicht verdauliche – erste Fassung kennt, weiss dass nun eine abgespeckte, schlanke, verständliche und klare Reklameordnung vor uns liegt. Grundsätzliche Fragen sind damit geregelt und es wird Klarheit geschaffen. Mit dieser Reklameordnung geben wir der Gemeinde einerseits die Möglichkeit, Auswüchse zu verhindern, Ortsbilder wirkungsvoll zu schützen und zu unserer Umgebung Sorge zu tragen, ohne andererseits bürokratischen Mehraufwand zu treiben oder übermässig in die Rechte des Einzelnen einzugreifen. Wenn wir Bürgerinnen und Bürger vor übermässig schädigenden Einflüssen der Werbung schützen wollen und wenn wir sicher gehen wollen, dass unsere Dörfer nicht mit Reklame verschandelt werden, führt kein Weg an dieser schlanken und einfach zu handhabenden Reklameordnung vorbei. Niemand hat behauptet, Werbung sei nur schlecht. Gewisse Regelungen sind aber notwendig und ich habe ein Problem, wenn das Argument "Markt" benützt wird.

Von welchem Markt wird hier gesprochen? Wo gibt es einen Markt, der Schutz bietet? Das ist schlicht nicht vorhanden und nachdem was die liberalisierten Finanzmärkte angerichtet haben, noch an den Markt zu glauben, ist in meinen Augen die falsche Richtung.

Die SP-Fraktion wird der Reklameordnung gemäss dem Antrag des Gemeinderats und den Änderungsanträgen zustimmen.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Zuerst danke ich der Kommission Reklamereglement für die grosse und ausgezeichnete Arbeit, die sie unter der ausgezeichneten Leitung von Kommissionspräsidentin Liz Fischli-Giesser geleistet hat. Ich bedaure, dass die Kommission zweimal bemüht werden musste, denke aber, dass die zweite Fassung nun wesentlich besser ausfällt.

Ich bin nicht der Meinung von Stefan Lehmann, sondern der Meinung: "Was lange währt, wird endlich gut." Die Kurve ist nun endlich, auch dank neuen personeller Besetzung in der Kommission und der Rückmeldung des AGR, geschafft. Ich betone, dass die Reklameordnung nicht gegen Werbung ist, sondern das Ausmass beschränken und uns die Möglichkeit geben will, uns gegen ein Übermass an Fremdreklame zu wehren. Ich habe kurz vor Beginn der Sitzung noch an der Maturafeier meiner Tochter teilgenommen und der Redner Walter Däpp hielt fest, dass wir täglich mit 1'500 Werbebotschaften konfrontiert werden. Diese Zahl erscheint mir riesig.

Kurz noch zum Entscheid, keine Artikel im Baureglement aufzunehmen: Diese Artikel hätten nicht die gleiche Wirkung wie das Reklamereglement. Fremdreklamen wären weiterhin überall in der Bauzone grundsätzlich zulässig und bei der Prüfung von Baugesuchen müsste viel höherer Begründungsaufwand geleistet werden. Ausserdem wäre es ohne Reklamereglement schwieriger, genügend argumentieren zu können, wenn Rechtsmittel ergriffen werden, weil man sich in einem Unschärfbereich befindet.

Zum Argument, dass der Verwaltungsaufwand grösser wird und sogar zusätzliche Stellenprozente befürchtet werden: Mit der Reklameordnung wird meiner Meinung nach kein zusätzlicher Aufwand generiert. Wenn jedoch nur einige Artikel im Baureglement stehen, muss höherer Begründungsaufwand geleistet werden, weil Unschärfen vorhanden sind. Mit der Reklameordnung besteht Rechtssicherheit, die wir vertreten können. Für die Einhaltung der Reklameordnung sind in der Gemeindeverwaltung fünf Personen betroffen. Ein wichtiger Punkt ist in meinen Augen auch, dass die Reklameordnung präventiv wirkt.

Die Reklameordnung hat bis jetzt alle demokratischen Abstimmungen überstanden. Es ist aber auch festzuhalten, dass die kritischen Stimmen von Anfang an vorhanden waren und dazu beigetragen haben, dass sie laufend verbessert werden konnte. Mit der Reklameordnung kann ein Vakuum gefüllt werden, es werden klare Spielregeln für Reklame in der Gemeinde Köniz geschaffen.

## **Detailberatung**

### **Gemeinsame Bestimmungen für alle Arten von Reklamen, Art. 11**

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Zu Art. 11 besteht ein Änderungsantrag der Kommission Reklamereglement.

**Präsidentin Kommission Reklameordnung Liz Fischli (Grüne):** Anlässlich des Informationsanlasses ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass in der Werbung zunehmend Bildschirme eingesetzt werden. Deshalb möchten wir den Begriff *Bildschirme* in den bestehenden Text einfügen lassen. Ich weise auf den Kommentar, Seite 23, hin: "Als Plakat gelten auch die in Art. 11 genannten Vorrichtungen für automatisch wechselnde Reklame, wie Primerwender oder Wechselautomaten; mit Hilfe dieser Vorrichtungen werden ja auch Plakate gezeigt." Das gilt auch für die nun aufgenommenen Bildschirme. Damit möchten wir die technische Entwicklung – so weit diese voraussehbar ist – mit einbeziehen.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Allein dieser Änderungsantrag zeigt, dass die Reklameordnung der Technik hinterherhinkt. Ein kleiner Ökonomieexkurs für Mario Fedeli: Der Markt funktioniert, er braucht klare Leitplanken.

### **Gemeinsame Bestimmungen für alle Arten von Reklamen, Artikel 10**

**Ronald Sonderegger (FDP):** Ich habe mich vorhin zu melden vergessen, habe aber zu Art. 10 Abs. 1 einen Änderungsantrag anzubringen:

Es macht in meinen Augen keinen grossen Sinn, die Leuchtreklamen bereits um 22.00 Uhr auszuschalten. Leuchtreklamen sind nur während der Dunkelheit sinnvoll. Ich beantrage, dass Leuchtreklamen um 23.00 Uhr ausgeschaltet werden sollen. Der erste Satz von Art. 11 Abs 1 lautet wie folgt: "Leuchtreklamen sind zwischen 23.00 Uhr und 6.00 Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen auszuschalten."

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Mit einem Nachversand haben Sie eine korrigierte Version des Plakatierungsplans erhalten. In der alten Version war ein Bild doppelt abgebildet.

Die Abstimmung findet wie folgt statt: Zuerst wird über die drei Änderungsanträge abgestimmt, danach über die bereinigte Vorlage und die Änderung des Ortspolizeireglements. Dann folgt die Abstimmung über die Abschreibung der Motion 0204 "Reklameordnung in der Gemeinde Köniz" und die Aufhebung der Kommission Reklamereglement. Wenn der Reklameordnung zugestimmt worden ist, erfolgt die Abstimmung über die Abstimmungsbotschaft und den Wortlaut des Stimmzettels. Wird die Reklameordnung abgelehnt, wird die Diskussion über die bereinigte Vorlage nochmals eröffnet. Es geht darum, ob die Stimmbevölkerung darüber abstimmen soll. Wird beantragt, dass die Reklameordnung der Stimmbevölkerung trotz Ablehnung vorgelegt werden soll, ist dazu die Parlamentsmehrheit notwendig.

---

#### **Beschluss**

Der Änderungsantrag zu Art. 10 Abs. 1, "Leuchtreklamen sind zwischen 23.00 Uhr und 6.00 Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen auszuschalten", wird angenommen.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

#### **Beschluss**

Der Änderungsantrag zu Art. 11 "Automatische Vorrichtungen für wechselweise zur Schau gestellte Reklame – Prismenwechsler, Wechselautomaten, *Bildschirme* und dergleichen – sind nur in den Zonen D und B zulässig", wird angenommen.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

#### **Beschluss**

Der korrigierte Plakatierungsplan wird angenommen.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

#### **Beschluss**

Das Parlament beantragt den Stimmberechtigten, folgenden Beschluss zu fassen:  
Die bereinigte Reklameordnung, bestehend aus dem Reklamereglement und dem korrigierten Plakatierungsplan, wird angenommen.  
Im Ortspolizeireglement vom 31. Januar 1977 (553.1) wird der Gliederungstitel "F Plakatwesen" samt den Artikeln 47 bis 50 aufgehoben – unter der Bedingung, dass die Reklameordnung von den Stimmberechtigten angenommen wird. Diese Änderung tritt auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Reklameordnung in Kraft.  
(abgegebene Stimmen: 23 für Annahme, 14 für Ablehnung, 2 Enthaltungen)

---

#### **Beschluss**

Die Motion 0204 (SP) "betr. Reklamereglement in der Gemeinde Köniz" wird abgeschrieben.  
Die nichtständige parlamentarische Kommission "Reklamereglement" wird aufgehoben  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Es folgt nun noch die Abstimmung über die Botschaft an die Stimmberechtigten und den Wortlaut des Stimmzettels.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Gemäss Art. 46 Abs. 3 beantrage ich, die Meinung der Parlamentsminderheit in der Botschaft festzuhalten.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Ich möchte den Antrag gerne mit der Präsidentin der Kommission Reklamereglement besprechen und beantrage einen kurzen Sitzungsunterbruch.

Die Sitzung wird für 2 Minuten unterbrochen.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Der Antrag wird von Bernhard Bichsel zurückgezogen. In der Botschaft werden die Pro- und Kontra-Argumente aus der heutigen Sitzung aufgeführt.

Zur Botschaft: Auf Ihren Pulten liegen drei Änderungsanträge der Kommission Reklamereglement vor.

**Präsidentin Kommission Reklameordnung Liz Fischli-Giesser (Grüne):** In der Botschaft auf Seite 3 ist unserer Meinung nach stärker auf das übergeordnete Recht hinzuweisen. Heute hat uns die Verwaltung einen Wortlaut vorgeschlagen, der von der Redaktionskommission für die Botschaft noch schlussbereinigt wird.

Die Korrektur auf Seite 5 der Botschaft ist rein redaktionell. Überall in den Marginalien ist die Zone angegeben und das soll auch hier der Fall sein.

Auf Seite 8 der Botschaft soll der Begriff "würde" durch "könnte" ersetzt werden, weil uns das Wort würde zu krass erschien.

---

### **Beschluss**

Die Botschaft an die Stimmberechtigten mit den beantragten Änderungen der Kommission Reklamereglement und dem zu überarbeitenden Passus sowie der Wortlaut des Stimmzettels werden genehmigt.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

**Christian Roth (SP):** Wenn ich es richtig verstanden habe, wird die Redaktionskommission eingesetzt. In meinen Augen muss diese durch das Parlament formell beauftragt werden. Ich beantrage, die Redaktionskommission für die Textbereinigungen einzusetzen.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Ich war hier der Meinung, dass die Einsetzung der Redaktionskommission klar ist und nicht speziell beschlossen werden muss. Ich halte in Bezug auf die Pro- und Kontra-Argumente fest, dass Sie die Möglichkeit haben, Ihre Argumente schriftlich bis spätestens Dienstagabend an die Parlamentssekretärin zuzustellen.

**Präsidentin Redaktionskommission Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Die Redaktionskommission muss sich für die Aufführung der Pro- und Kontra-Argumente in der Botschaft, an das Parlamentsprotokoll halten. Mit Ihren schriftlichen Angaben helfen Sie uns aber trotzdem.

Urs Maibach verlässt die Sitzung.

Die Parlamentssitzung wird für 10 Minuten unterbrochen

## **6. Projekt "Tram Region Bern" - Einsetzen einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) - Antrag FDP Die Liberalen**

Beschluss; Parlamentsbüro  
(Nachversand)

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Mit Nachversand ist Ihnen der Bericht und Antrag des Parlamentsbüros zugestellt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht der Referent der GPK, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss folgt die Abstimmung.

**GPK-Referent Andreas Lanz (BDP):** Die GPK hat die beiden Anträge, jenen des Parlamentsbüros für die Einsetzung einer nichtständigen parlamentarischen Kommission und jenen der GPK auf Einsetzen der GPK beraten. Die beiden Anträge liegen Ihnen schriftlich vor. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 4 : 3 Stimmen, den Antrag "Untersuchung durch die GPK" zur Annahme.

Ich zeige Ihnen die Gründe für die Empfehlung der GPK auf: Die Mehrheit der GPK, die für die Einsetzung der GPK für diese Untersuchung stimmte, ist der Meinung, dass eine Einsetzung der GPK weniger "aufgeblasen" wirkt. Das Fachwissen im Parlament und damit auch in dieser Kommission, sei nicht besser als in der GPK. Die GPK habe sowieso den Auftrag, besondere Sachverhalte zu prüfen. Sie übt die Aufsicht über die Verwaltung aus.

Die GPK hat bereits Geschäfte überprüft und Erfahrung damit. Eine neu zu bildende Kommission müsste sich zuerst noch finden. Die Einsetzung einer solchen Kommission könnte zudem als Misstrauen gegenüber der GPK verstanden werden. Ausserdem sei die Objektivität einer solchen Spezialkommission infrage gestellt, wenn eine Person für das Präsidium vorgeschlagen ist, die sich in der Presse bereits eindeutig geäussert hat. Die Minderheit der GPK, die für die Einsetzung einer nichtständigen Kommission ist, vertritt Meinung, dass mit deren Einsetzen dem Missbehagen – das durch alle Parteien geht – optimaler begegnet werden könnte. Weil es sich beim Projekt TRB um ein Vorhaben mit grosser Tragweite handelt, soll die Untersuchung durch eine Spezialkommission durchgeführt und dem Ganzen damit mehr Gewicht gegeben werden. Der finanzielle Aufwand für die Einsetzung einer Spezialkommission ist nicht höher als wenn diese Untersuchung durch die GPK geleistet wird. Die GPK sei bereits ziemlich belastet und wenn sich Mitglieder der GPK unbedingt an der Untersuchung beteiligen wollen, können sie sich in die Spezialkommission wählen lassen. Im Vordergrund stehe das Bedürfnis des Parlaments nach Transparenz. Das Ergebnis der Untersuchung ist wichtig und nicht welches Gremium die Untersuchung durchführt. Deshalb kann dem Antrag des Parlamentsbüros und der FDP-Fraktion zugestimmt werden. Die Einsetzung einer nichtständigen Kommission wird von der GPK-Minderheit nicht als Misstrauen gegenüber der GPK verstanden.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Der Gemeinderat hat zum Sachverhalt gegenüber dem Parlamentsbüro schriftlich Stellung genommen.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP):** Unsere Parlamentspräsidentin hat bereits zu Beginn der Sitzung in Ihren Mitteilungen richtig festgehalten, dass die Thematik sehr emotional ist. Ja, es ist Feuer unter dem Dach der Könizer Politik. Dass dieses Feuer entstanden ist, hat jedoch seinen Grund und der darf nicht vergessen werden. Aber in die Könizer Politik muss nun – nach einem doch berechtigten Sturm – wieder Ruhe einkehren. Damit alles wieder zur Ruhe kommt, müssen die Hintergründe die zur Falschinformation im Geschäft TRB und schlussendlich zur Abgabe des Dossiers geführt haben, aufgeklärt werden, und dies mittels einer PUK, die sich auf nur dieses Geschäft konzentrieren kann. Wird die PUK nicht eingesetzt, wird nicht nur TRB weiter blockiert, sondern auch die weitere Zusammenarbeit erschwert. Sagen wir ja zur Einsetzung der PUK, wird sich das Ganze beruhigen. Sagen wir nein dazu, kommt womöglich das nächste Sturmtief auf. Mit einem Ja zur PUK nähern wir uns wieder an, bei einem Nein entstehen sicher neue Spannungsfelder und ein weiterer Vertrauensverlust. Das Misstrauen zwischen uns würde erhöht und der generelle Dialog, der zu TRB weitergeführt werden muss, wird blockiert.

Mit der Einreichung des Antrags für die Einsetzung der PUK waren wir uns bewusst, dass damit im Geschäft TRB erneut Emotionen erzeugt werden. Es geht hier aber nicht allein um Emotionen, sondern um unsere Pflicht, die geschehenen und dokumentierten schweren Fehlinformationen aufzuarbeiten, damit wir weiterhin zusammen geschäften können. Das Vertrauen in die Exekutive muss wiederhergestellt werden. Bei TRB geht es – wie wir alle wissen – um ein grosses und finanziell umfassendes Geschäft mit direkten oder indirekten Auswirkungen auf einen grossen Teil unserer Bevölkerung. Über die Gründe, wieso wir die Einsetzung einer PUK fordern, gehe ich an dieser Stelle bewusst nicht mehr ein. Dazu ist alles gesagt, die Fakten liegen auf dem Tisch. Wir alle sind uns einig: Wir wollen Abklärungen über das Geschehene. Der einzige Streitpunkt – wenn man dies so nennen darf – ist, ob die Untersuchung durch eine PUK oder durch die GPK vorgenommen werden soll. Wir verstehen nicht, wieso sich einige so schwer mit der Einsetzung einer PUK tun. Wenn nicht hier die Einsetzung einer PUK, wann dann? Schwerwiegendes ist passiert, das nun abgeklärt werden muss. Der Druck auf die Abklärung kommt nicht nur von Anwesenden im Raum, sondern auch von aussen. Man will wissen, was genau passiert ist und wie es zu dieser Fehlinformation kommen konnte. Die Gründe für die Einsetzung der PUK sind bereits genannt worden. Die Fraktionen können jene Personen in die PUK wählen lassen, die ihrer Meinung nach am besten dafür geeignet sind. Die Abschätzung des Arbeitsvolumens ist schwierig und ob die GPK dafür die notwendige Zeit aufwenden kann, bezweifeln wir schwer. Mit dem Antrag wird verlangt, dass bis Ende Jahr ein Resultat vorliegen soll und das ist richtig, denn die Abklärungen sollen nicht zu lange dauern. Nur die PUK kann sich allein diesem Thema widmen, in der GPK wäre die Untersuchung ein zusätzliches Geschäft neben vielen anderen.

Der Antrag auf die Einsetzung einer PUK ist kein Misstrauensantrag an die GPK, denn die Intensität dieser Abklärungen könnte grösser sein und die anderen Geschäfte sollen in der GPK nicht zu kurz kommen. Ein Ja zur PUK ist sicher auch ein politischer Entscheid.

Mit der Einsetzung einer PUK steht man zur Wichtigkeit der Sache und degradiert die Untersuchung nicht zu einem "zusätzlichen GPK-Geschäft". Wie bekannt ist, wird die Einsetzung der PUK keine höheren Kosten auslösen. Wir Bürgerlichen sind nicht sonderlich bekannt für "Kommissionitis", in diesem Fall aber keine PUK einzusetzen, sehen wir nicht ein.

In die Könizer Politik muss wieder Ruhe einkehren und ein Ja zur PUK ist der erste Schritt dazu.

**Fraktionssprecher Christian Burren (parteilos):** Die aufgezogenen Gewitterwolken über der Gemeinde Köniz sollen nicht für immer stehen bleiben. Wie beim Wetter auch, ist ein reinigendes Gewitter oft dafür gut, dass die Sonne wieder scheint. Die SVP-Fraktion legt Wert darauf, dass die Kommunikation zu TRB aus der Vergangenheit lückenlos aufgearbeitet wird. Die offensichtlichen Fehlinformationen zu TRB betrachten wir nicht als so genanntes Kavaliersdelikt, sondern wir sehen darin eine Verfehlung, die das Vertrauensverhältnis zwischen Gemeinderat und Parlament stark belastet. Ich denke, dass mit der Abgabe des Dossiers nun eine erste Massnahme ergriffen worden ist. Die Einsetzung einer PUK ist in unseren Augen klar angezeigt, damit die Fehlinformationen an ihrer Entstehung aufgearbeitet werden können und damit ersichtlich wird, wer in dieser Geschichte was zu verantworten hat. Eine Bemerkung zum Antrag der GPK: Mit diesem Antrag habe ich persönlich Mühe, weil die GPK einen Gegenantrag zum Antrag des Parlamentsbüros stellt, bei welchem es sich ebenfalls um ein Parlamentsgremium handelt. Wir sind der Meinung, dass eine PUK die ganze Angelegenheit freier untersuchen kann als die GPK und auch in Bezug auf die zeitlichen Ressourcen bessere Möglichkeiten hat. Aus diesem Grund unterstützt die SVP-Fraktion den Antrag des Parlamentsbüros für die Einsetzung einer nichtständigen Kommission. Den Antrag der GPK werden wir ablehnen.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Aus der Sicht der Fraktion der Grünen soll der Kommunikationsfehler bezüglich dem notwendigen Baubeginn aufgeklärt werden. Wir verstehen auf der einen Seite das entstandene Misstrauen. Auf der anderen Seite dürfen die Aussagen nicht überbewertet werden. Die Abstimmung im letzten Jahr wäre genau gleich herausgekommen. Ich habe mich bei der damaligen Parlamentspräsidentin Ursula Wyss versichert, die mit ihrem Stichtscheid für den Planungskredit zu TRB gestimmt hatte. Sie hätte so oder so für TRB abgestimmt. Bei unserer Entscheidung damals sprachen inhaltliche Argumente gegen den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion. Ich möchte nicht behaupten, dass hier eine Mücke zum Elefanten gemacht wird, aber grösser als eine Katze ist das Problem aus unserer Sicht nicht.

Die GPK wäre aus unserer Sicht das thematisch richtige Gremium für die Aufarbeitung. Sie verfügt über die notwendigen Kompetenzen und es wäre eine effiziente Lösung, zumal eine eigentliche PUK in Köniz nicht existiert. Trotzdem: Die Einsetzung einer PUK hat Vorteile, die wir einsehen. Sie ermöglicht eine verstärkte Untersuchung und eine breitere Diskussion der Gegebenheiten. Damit bietet sich die Chance, das Vertrauen der Bürgerlichen in die Verwaltung und das Projekt so weit als möglich wiederherzustellen. Damit verbinden wir die Hoffnung, dass die Bürgerlichen wieder ins Projekt eingebunden werden können, was teilweise von dieser Seite auch zu hören ist.

Die Tramfrage ist aus unserer Sicht zu wichtig, als dass sie im Kampf zwischen links und rechts zermürbt wird. TRB ist für die Gemeinde Köniz wohl der wichtigste wirtschaftliche Impuls, den wir im Parlament für die nächsten 10 Jahre geben können. Wir Grünen sind demnach für die Einsetzung einer PUK für die Untersuchung der bestehenden Fragen inklusive dem Verpflichtungskredit. Als Mitglied der PUK schlagen wir Mathias Rickli zur Wahl vor.

**Fraktionssprecher Hugo Staub (SP):** Fehler sind in erster Linie zu vermeiden. Da sich diese aber nicht immer vermeiden lassen, soll – wenn sie passiert sind – genau hingeschaut werden und Lehren sollen daraus gezogen werden. Das ist auch unsere Haltung und deshalb ist es aus Sicht der SP-Fraktion richtig, wenn hier Aufklärung betrieben wird.

Einige grundsätzliche Überlegungen: In letzter Zeit sind im Zusammenhang mit dem Kommunikationsfehler zwei Stichworte zu hören: Peinlich und unprofessionell. So ist Hanspeter Kohler in der BZ vom 14. Juni 2012 zitiert worden. Frage: Ist es wirklich peinlich? Ja, Fehler sind immer peinlich und Gemeinderätin Katrin Sedlmayer ist es wahrscheinlich am peinlichsten von uns allen. Frage: Ist es wirklich unprofessionell? Ist jemand unprofessionell, wenn er oder sie Fehler begeht?

Wenn ich davon ausgehe, dass überall Fehler passieren, würde dies bedeuten, dass letztendlich nur noch jener professionell ist, dem es gelungen ist, den Fehler zu vertuschen oder jemand anderem in die Schuhe zu schieben. Das ist sicher nicht unser Verständnis. Fehler können überall passieren. Mit einer Prüfung des Geschehenen geht es vor allem darum zu eruieren, was gemacht wird, damit solches nicht mehr passiert.

Schauen wir nun genauer hin, was Gemeinderätin Katrin Sedlmayer und Gemeindepräsident Luc Mentha unternommen haben, nachdem der Fehler erkannt worden ist: Sie haben den Fehler erstens nicht bestritten. Zweitens haben sie sich entschuldigt, sobald sie dies durften. Drittens bietet der Gemeinderat Hand zur Herstellung von Transparenz. Als letzten Schritt hat Gemeinderätin Katrin Sedlmayer im Interesse der Sache angeboten, das Dossier politisch anders führen zu lassen. Dieser Umgang mit einem passierten Fehler ist sehr professionell und dafür gebühren wir ihr Respekt.

Ein Blick in Richtung Zürich: In der NZZ vom letzten Freitag war zum Thema Aggloprogramm Folgendes zu lesen: "Von Interesse sind jedoch in erster Linie die Massnahmen der Priorität A. Ihre Realisierung muss zwischen 2015 und 2018 beginnen, soll der Bund daran Beiträge leisten." Diese Aussage ist wahrscheinlich ebenfalls falsch. Ich kenne die Szene, die an den Aggloprogrammen arbeitet und die Politik, die darum herum betrieben wird, sehr gut. In meinen Augen ist nicht überraschend, dass der Zeitdruck weiter besteht und nicht entsprechend zur Kenntnis genommen worden ist, was bundesseitig geändert hat. Die Erklärung ist relativ einfach: Die Zeit drängt, weil die Probleme wachsen, für die Lösung dieser Probleme aber sehr viel Zeit notwendig ist.

Zum Thema Untersuchungskommission: Wir sind uns alle einig, dass hingeschaut werden muss. Es stellt sich nun die Frage, in welchem Rahmen das realisiert werden soll. Ich sehe drei Optionen, wobei die erste nicht mehr offen ist. Die Mitglieder der Kommission Tramprojekte wären durchaus der Meinung, dass diese Fragen im Rahmen der Kommission hätten geklärt werden können. Das genaue Hinschauen hätte auch innerhalb dieser Kommission vorgenommen werden können. Die Kommission Tramprojekte hätte von ihrem Präsidenten in dem Sinn erwartet, dass er die Arbeit annimmt und nicht die Kommission aufgibt. Uns hat überrascht, wie diese Option von Anfang an ausgeschlossen worden ist. Die zweite Option ist die Einsetzung der GPK für diese Untersuchung. Diesen Antrag haben wir zur Kenntnis genommen und sind der Meinung, dass die GPK in diesem Aufgabenfeld tatsächlich eine Stammaufgabe hat. Es geht hier um Fragen von Abläufen, Informationsflüssen, Qualitätssicherung, wer wann was gewusst hat und wer auch noch Kenntnis davon hatte und weshalb vor und nach Bekanntwerden dies Fehlers so und nicht anders kommuniziert worden ist, und weshalb nicht früher. Lauter solche Ablauffragen, für deren Klärung in der GPK eine gewisse Routine besteht.

Wir werden dem Antrag auf die Einsetzung der GPK zustimmen. Die GPK verfügt in unseren Augen über die nötigen Kapazitäten. Sie muss ja nur den "Fall Bern" aufarbeiten. Einiges liegt bereits auf dem Tisch. Die Einsetzung einer PUK ist auch eine Variante. Wir würden sogar der Einsetzung dieser zustimmen, haben aber einige Fragen und Zweifel. Aufgrund der Voten von Hanspeter Kohler, die aus der Presse zur Kenntnis genommen werden müssen, sind wir verunsichert, ob das Präsidium dieser einzusetzenden Kommission so richtig besetzt ist. Wir wären froh um klärende Worte von Hanspeter Kohler wie er dies anzupacken gedenkt, damit unsere Zweifel ausgeräumt werden. Können diese ausgeräumt werden, wären wir für diesen Weg zu haben. Falls die PUK eingesetzt wird, schlagen wir Ihnen als Mitglieder Anna Mäder und Mario Fedeli zur Wahl vor.

**Fraktionssprecherin Franziska Keller (BDP):** Dir BDP-Fraktion wird für die Einsetzung der PUK stimmen. Wir sind der Meinung, dass dies die richtige Entscheidung ist. Die PUK ist zeitlich begrenzt, widmet sich einem Thema und kann deshalb sehr effizient arbeiten. Unser Oberziel dabei ist, dass die Faktenlage geklärt wird. Es geht hier im Vorfeld weder um eine farbige Diskussion noch um irgendwelche Eingeständnisse von Fehlern, geschweige denn um Aktivismus. Wir wollen der PUK den Startschuss geben, die Faktenlage und Informationen erhalten und dann weiter entscheiden.

Wir schlagen Ihnen als PUK-Mitglied Ueli Witschi zur Wahl vor.

**Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP):** Ich frage mich – in Anlehnung an die zurzeit stattfindende Fussball-EM – ob wir den Ball flach halten oder einen weiten Pass auf einen Stürmer schicken sollten. Die Diskussion in der CVP/EVP/GLP-Fraktion war intensiv und wir sind uns nicht einig geworden. Dies aus dem ganz einfachen Grund, weil es sich um eine Frage der Gewichtung handelt, ob eine PUK eingesetzt oder ob die Untersuchung durch die GPK vorgenommen werden soll. Die vorgebrachten Argumente für die Einsetzung einer PUK überzeugen aus meiner Sicht sachlich nicht.



Das einzige Argument für die Einsetzung einer PUK ist, dass die Bürgerlichen der Meinung sind, es handle sich um eine "conditio sine qua non", d. h. tut dies und dann können wir einen Schritt tun. Mit diesem Argument ist ein Teil der CVP/EVP/GLP-Fraktion einverstanden. Sie will diesen Schritt tun, um den Reflex abzubauen, der offenbar in dieser polarisierten Diskussion – wo immer wieder schnell Dinge ablaufen, ohne dass der Sache nachgegangen wird – in manchem Hirn besteht. Wir bitten, dass wirklich zwischen der Sache TRB und der Sache Kommunikation unterschieden wird und wir uns an den Auftrag halten: "Die Kommission wird beauftragt, die Entstehung und die Gründe der Aussagen des Gemeinderats wonach die Bundessubventionen nur bis 2014 für TRB zur Verfügung stehen, abzuklären. Sie erstattet dem Parlament bis 31. Dezember 2012 Bericht über das Ergebnis der Untersuchung." Es handelt sich weder um eine Urteilkommission noch um eine Sündenbock- oder Tramwiedereinsetzungskommission, sondern sie erarbeitet den Bericht. Dazu wird mindestens ein Teil unserer Fraktion mithelfen können.

**Christian Roth (SP):** Einige Worte zu den nun viel diskutierten zeitlichen Ressourcen der GPK. Die GPK verfügt über die zeitlichen Ressourcen, das möchte ich hier klarstellen, auch wenn es zurzeit eher so aussieht, als ob diese Variante nicht zum Zuge kommen wird. Der Verwaltungsbericht 2011 ist heute genehmigt worden. Dieser gab der GPK im Mai tatsächlich viel Arbeit. Sie hat heute auch viel Lob für den Bericht erhalten, den sie dazu verfasst hat. Die GPK möchte Ihnen auch vor Augen führen, dass sie aus sieben Mitgliedern besteht und somit parteipolitisch genau gleich zusammengesetzt ist wie eine Spezialkommission mit sieben Mitgliedern. Zudem ist das Präsidium der GPK zurzeit bürgerlich besetzt. Der Antrag betrifft genau die Aufgabe der GPK, es geht darum, die Verwaltung zu beaufsichtigen und zu sehen was gut ist, was nicht gut und weshalb nicht gut läuft und was zu verbessern wäre. Wann, wenn nicht jetzt, muss die GPK beauftragt werden, diese Kernkompetenz wahrzunehmen.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Mir stellt sich eine grosse Frage, die bis jetzt nicht beantwortet worden ist. Wieso soll die PUK mit 7 Mitgliedern besetzt werden? Aus der Kommission Tramprojekte sind nur die Mitglieder von bürgerlichen Parteien zurückgetreten. Mit der Einsetzung von 7 Mitgliedern werden diese in der Minderheit sein. Wird die Kommission mit 9 Mitgliedern besetzt, würden die Bürgerlichen in der Mehrheit sein. Ich bin der Meinung, dass die nun stattfindende Diskussion sehr sachlich ist. Ich bin auch der Meinung, dass die PUK die Untersuchungen sehr gut und objektiv durchführen wird. Ich hoffe, dass der Schlussbericht der PUK einstimmig und im Konsens verabschiedet werden kann. Ich hoffe nicht, dass sich eine Kommissionsminderheit darüber beklagen wird, dass nicht lückenlos aufgearbeitet werden konnte und das Vertrauen – weil es sich um ein Siebner-Gremium handelt – in die Kommission nicht hergestellt werden konnte.

**Erica Kobel-Itten (FDP):** Ich trage nun den Hut des Parlamentsbüros und erkläre, weshalb wir für die Einsetzung einer Kommission mit 7 Mitgliedern sind. Das Parlamentsbüro hat weder eine politische noch eine parteipolitische Aufgabe, sondern unsere Aufgabe ist, Geschäfte zu regeln und sachliche Lösungen anzubieten. Das war hier gefragt. Wir haben uns beim Entscheid ob die Kommission mit 7 oder 9 Mitgliedern besetzt sein soll, nicht daran gehalten, wer rein taktisch im Vor- oder Nachteil ist oder was besser oder schlechter ist. Für uns geht es darum, dass wir einer Kommission den Vorzug geben, die schnell und effizient arbeiten kann. Das war die einzige Überlegung für die Einsetzung einer Siebner-Kommission.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich erläutere die Stellungnahme des Gemeinderats: Der Gemeinderat unterstützt die Aufarbeitung der umstrittenen Kommunikation durch das Parlament. Er wird der eingesetzten Kommission einen dokumentierten Bericht liefern und steht ihr für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Für den Gemeinderat ist TRB nach wie vor ein wichtiges Projekt und deshalb ist es ihm ein Anliegen, Transparenz in die gemachten Aussagen zur Dringlichkeit des Projekts zu bringen.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Vor Ihnen liegen der Antrag des Parlamentsbüros für die Einsetzung einer PUK wie auch der Antrag der GPK, der die Einsetzung der GPK für die Untersuchung beantragt. Ich gehe die Anträge nicht mehr im Detail durch, sondern stelle die beiden einander gegenüber.

---

**Beschluss**

Dem Antrag des Parlamentsbüros wird zugestimmt.

(abgegebene Stimmen: 25 für den Antrag des Parlamentsbüros auf die Einsetzung einer nicht-ständigen parlamentarischen Kommission, 12 für den Antrag der GPK auf die Einsetzung der GPK)

---

**Beschluss**

Annemarie Berlinger erklärt die vorgeschlagenen Ueli Witschi (BDP), Hermann Gysel (EVP), Hanspeter Kohler (FDP), Mathias Rickli (Grüne), Anna Mäder (SP), Mario Fedeli (SP), Stefan Lehmann (SVP), gewählt als Mitglieder der nichtständigen parlamentarischen Kommission "Tram Region Bern – Kommunikation Gemeinderat zu den Finanzbeiträgen des Bundes".

---

**Beschluss**

Annemarie Berlinger-Staub erklärt den vorgeschlagenen Hanspeter Kohler (FDP) gewählt als Präsident der nichtständigen Kommission "Tram Region Bern – Kommunikation Gemeinderat zu den Finanzbeiträgen des Bundes".

---

Mario Fedeli verlässt die Sitzung.

## **7. Abwasserentsorgung: Sanierungsmassnahmen aus "Genereller Entwässerungsplan" (GEP) Obere Gemeinde**

Rahmenkredit; Direktion Umwelt und Betriebe

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Mit den Sitzungskaten haben Sie den Bericht und Antrag des Gemeinderats erhalten sowie einen Plan. Zuerst meldet sich die GPK-Referentin zu Wort, anschliessend folgen die Fraktions- und Einzelvoten und zum Schluss die Abstimmung.

**GPK-Referentin Barbara Thür (GLP) in Stellvertretung für den abwesenden Heinz Nacht (SVP):** Es handelt sich um ein relativ komplexes Traktandum, das ich in wenigen Worten zusammenfassen möchte: Die Gemeinde hat drei Generelle Entwässerungspläne (GEP), je einen für die obere und untere Gemeinde sowie einen für das Wangental. Zu diesen sind von Bund und Kanton rechtliche Vorgaben vorhanden. Damit Sie einen Einblick haben, wie gross die Sache ist: Das Kanalsystem der Gemeinde Köniz umfasst 145 Kilometer öffentliche und 290 Kilometer private Kanäle. Der Wiederbeschaffungswert beläuft sich auf 228 Millionen Franken. In diesem Betrag sind nicht nur die Kanäle enthalten, sondern auch Rückhalte- und Regenüberlaufbecken, usw.. Die Abschreibung – eine Vorgabe des Kantons – muss innerhalb von 80 Jahren passieren. Die Amortisation beträgt pro Jahr somit 2,85 Millionen Franken. All das läuft via Spezialfinanzierung. Alle 15 Jahre werden die Kanäle auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüft.

Im heutigen Geschäft geht es um den GEP obere Gemeinde. Die obere Gemeinde ist der ARA Sensetal angeschlossen. 2002 wurde mit der Erstellung des GEP obere Gemeinde begonnen. Nach einer langen Phase für Analyse und Planung wurde der GEP obere Gemeinde schlussendlich im März 2012 durch das Amt für Wasser und Abfall (AWA) des Kantons Bern bewilligt.

Das Ziel ist nun, dass die im GEP obere Gemeinde definierten Massnahmen bis 2016 umgesetzt werden. Das Ziel der einzelnen Massnahmen ist der langfristige Werterhalt der Anlagen, die Sicherstellung eines wirtschaftlichen Betriebs, die Vermeidung von Gewässer-, Grundwasser- oder Bodenverschmutzung und der Schutz der Bevölkerung vor irgendwelchen Schäden wie Überschwemmung oder verschmutztes Wasser.

Es wurden vier verschiedene Massnahmenpakete gebildet. Das erste Paket betrifft die Sanierung der nicht begehbaren Kanäle, was mittels grabenlosem Verfahren, zum Teil mit Robotern, realisiert wird. Die Sanierung der nicht begehbaren Kanäle dient vor allem der Abdichtung der Kanäle gegen eindringendes Grundwasser. Die Kanäle leiden zum Teil unter einer mangelnden Bauausführung. Grund dafür ist, dass es sich um ehemals privat erstellte Kanäle handelt, die später durch die Gemeinde übernommen worden sind. Das zweite Paket betrifft die Sanierung der begehbaren Kanäle, d. h. vor allem den Werterhalt und die Abdichtung von Löchern. Als drittes Paket ist die Umstrukturierung des Kanalnetzes vorgesehen.

Fällt starker Regen, wird das ablaufende Wasser nicht optimal aufgeteilt in solches, das in die ARA-Bern oder solches, das in Fliessgewässer fließen soll. Dieser Umstand soll damit behoben werden. Als viertes Paket sind spezielle Massnahmen vorgesehen. Dazu gehören der Abschluss von Durchleitungsrechtsverträgen – total 2,6 Kilometer öffentliche Kanäle befinden sich auf Privatgrundstücken. Zur Sicherung des Bestandes sollen hier entsprechende Durchleitungsrechtsverträge abgeschlossen werden. Auch die Ableitung von Quellwasser von nicht mehr verwendeten Quellen ist ein Thema, das durch diese speziellen Massnahmen geklärt werden soll.

Die Kostengenauigkeit beträgt +/- 20 Prozent und basiert auf Erfahrungswerten. Weil vor allem bei der Sanierung der nicht begehbaren Kanäle erhebliche Unsicherheiten bestehen, kann die Summe nicht genauer beziffert werden. Gemäss der kantonalen Gewässerschutzverordnung müssen 1,25 Prozent in den Werterhalt investiert werden, was für den GEP obere Gemeinde einen Betrag von 375'000 Franken pro Jahr ausmacht. Die Gemeinde Köniz möchte hier 450'000 Franken (1,5 Prozent) pro Jahr investieren, was leicht über dem gesetzlich vorgeschriebenen Betrag liegt. Auf fünf Jahre berechnet, macht dies die vom Gemeinderat beantragten 2,25 Millionen Franken aus.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 7 : 0 Stimmen, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Bernhard Bichsel verlässt die Sitzung.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Ich gehe auf zwei Fragen ein, die mir in der Zwischenzeit noch gestellt worden sind. Zum Rahmenkredit für den dritten GEP, Sanierungsmassnahmen, wurde folgende erste Frage gestellt: Wann wird mit diesen Massnahmen begonnen und was sind die ersten Massnahmen? Wird dem Rahmenkredit zugestimmt, soll bereits 2012 in Oberscherli mit ersten Ausführungen begonnen werden. In Oberscherli muss eine Leitung dringend saniert werden, weil sie zu wenig Durchmesser hat. Die zweite Frage betrifft die Massnahmen in Mittelhäusern, Strassweid: Weshalb müssen hier bereits Kanäle saniert werden, obschon die Siedlung Strassweid erst 40-jährig ist. In der Hochkonjunktur der Sechziger- und Siebzigerjahre wurde qualitativ nicht gut gebaut und deshalb liegen hier bereits Schäden vor. Der Werterhalt, die Abschreibung wird auf 80 Jahre vorgenommen.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecherin Franziska Keller (BDP):** Erstens ist Gewässerschutz eine Gemeindeaufgabe. Zweitens ist Gewässerschutz unserer Ansicht nach eine klare Investition in die Zukunft. Drittens schätzen wir es sehr, dass es sich beim Vorliegenden um ein Konzept und nicht um Einzelprojekte handelt. Deshalb darf es nicht erstaunen, dass die BDP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats zustimmen wird.

**Fraktionssprecherin Erica Kobel-Itten (FDP):** Viertens kann ich festhalten, dass ich mich dem Votum meiner Vorrednerin anschliesse. Eine Zusatzfrage: Erwähnt wurde, dass öffentliche Kanäle durch Privatgrund führen, zu welchen Durchleitungsrechtsverträge abgeschlossen werden müssen. Wie viel muss die Gemeinde dafür bezahlen?

**Fraktionssprecher Hans Moser (SVP):** Die SVP-Fraktion wird dem Antrag für den Rahmenkredit von 2,25 Millionen Franken für die Sanierung der Entwässerung und der Abwasserkanäle der oberen Gemeinde einstimmig zustimmen.

Dem übergeordneten Bundesgesetz Folge zu leisten und die Abwasserleitungen auf Vordermann zu bringen, ist notwendig. Die Zielsetzungen, wie sie unter Punkt 3 im Bericht festgehalten sind, müssen unbedingt eingehalten werden. Die Gemeinde Köniz ist ihren Bürgerinnen und Bürgern schuldig, dass nicht defekte Abwasserleitungen die Gewässer und die Umwelt gefährden, denn sie bezahlen Gebühren und Steuern dafür.

Zum Projekt "in Zukunft", Brauchernbach in Mittelhäusern: Der eingedolte Bach darf nicht renaturiert werden, sonst geht viel zu viel bestes Kulturland verloren. Bis heute ist das Regenabwasser der Siedlung Strassweid noch nie überlaufen. Der Brauchernbach hat noch nie Schaden genommen. Zudem befindet sich dieses Land in Privateigentum und ist zum Nutzen des öffentlichen Interesses eingedolt worden. Es gibt Lösungen, das Regenabwasser aus dieser Siedlung anders fortzuführen. Kosten und Nutzen und der Kulturlandverlust stimmen nicht mit der Renaturierung überein.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Das Geschäft segelt bei der SP-Fraktion unter dem Motto "Nachhaltigkeit schafft Mehrwert". Die SP-Fraktion setzt sich bei Investitionsgeschäften, insbesondere bei Schulhäusern und Kindergärten jeweils dafür ein, dass der Nachhaltigkeit der Infrastruktur Achtung geschenkt wird. In den Augen unserer Fraktion ist es von unabdingbarer Wichtigkeit, dass laufend in die Infrastruktur der Gemeinde geplant und investiert wird. Einsparungen bei den Investitionen, beim Werterhalt, sind kurzsichtig und nachhaltig schädlich. Der GEP obere Gemeinde, wie auch die früher beschlossenen GEP, dienen dem Werterhalt der Könizer Infrastruktur, hier im Speziellen der Infrastruktur der Abwasserentsorgung. Die Erhaltung dieser Infrastruktur ist genau so wichtig wie der Werterhalt einer Schulanlage, nur ist der Kanal nicht sichtbar. Die Realisierung eines Abwasserrückhaltebeckens wird anders finanziert als die Sanierung eines Kindergartens. Es gilt hier zu beachten, dass nachhaltiges Investieren Voraussetzung für eine wirtschaftliche Betriebsführung ist. Auch die Abwasserentsorgung soll wirtschaftlich betrieben werden, damit wir die Abwassergebühren von derzeit 1.09 Franken pro Kubikmeter – meines Wissen inklusive der notwendigen Investitionen – beibehalten werden können.

Die vorgesehenen Massnahmen sind zudem in den Augen der SP-Fraktion auch für die Könizer Gewässer nachhaltig. Indem dafür gesorgt wird, dass bei starken Regenfällen genügend gross dimensioniertes Rückhaltevolumen vorhanden sind, werden keine Abwasser und Fäkalien in die Bäche und Gewässer der Gemeinde abgeleitet. Derzeit passiert dies gemäss Auskunft der Verwaltung bei Regen in regelmässigen Abständen. Das kann, muss und wird in Zukunft verhindert werden. Damit Mehrwert durch Nachhaltigkeit erzeugt wird, stimmt die SP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats zu.

**Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Die Fraktion der Grünen stimmt dem vorliegenden Geschäft einstimmig zu. Es handelt sich um ein Beispiel für den sorgfältigen Umgang mit unserer Umwelt. Wie die Schweiz mit dem Abwasser umgeht, ist eine absolute Erfolgsstory. Das Resultat ist ersichtlich: In der Sommerzeit kann in Gewässern wie der Aare oder der Sense ohne Bedenken gebadet werden. Viele andere Städte beneiden uns um diesen Reichtum. Die dafür ausgegebenen Mittel dienen der Erhaltung dieses Reichtums. Festzuhalten ist, dass die Gemeinde Köniz effizient haushaltet. Sie verlangt nur 60 Prozent der möglichen Abwassergebühren. Zu Gemeindepräsident Luc Mentha: Im Verwaltungsbericht hat er festgehalten, dass der Gemeinderat Hinweisen so weit als möglich nachgeht. Der Verwaltung kann ich in diesem Zusammenhang ein Kränzlein winden: Vor einigen Jahren war ich Mitglied der Baukommission der neuen Siedlung Strassweid, die in den späteren Neunzigerjahren und anfangs der 2000-Jahre erbaut worden ist. Dort habe ich erfahren, dass das Dreckwasser und das Regen- und Sickerwasser dieser Siedlung getrennt bis zur Hubelhüsistrasse geführt werden. In der Hubelhüsistrasse werden das Dreck- und das Regen- und Sickerwasser gemischt und alles gelangt ins Abwasser. Vor einigen Jahren erwähnte ich, dass dieser Umstand nicht gut ist. Als Resultat ist nun in der Vorlage auf Seite 3 das Spezialprojekt aufgeführt, dass das Regen- und das Sickerwasser der Strassweid nicht gemischt mit dem Dreckwasser in die Kläranlage geschickt, sondern vom Dreckwasser getrennt in den Brauchernbach geführt wird. Das Wasser ist sauber. Zu Hans Moser: Ob dieser Bach oberirdisch oder unterirdisch geführt wird, spielt keine Rolle. In meinen Augen ist es wichtig, dass das zuerst getrennte Wasser nicht länger zusammengeführt wird.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Zuerst besten Dank, dass Sie dem Antrag des Gemeinderats zustimmen wollen.

Zu den Fragen: Erica Kobel-Itten fragte, wie viel die Gemeinde für die Durchleitungsrechtsverträge bezahlen muss. Im Bericht ist im Massnahmenplan vorgesehen, in den Jahren 2014, 2015 und 2016 die Durchleitungsrechte zu erwirken. Dafür ist ein Totalbetrag von 50'000 Franken eingesetzt. Diese Mittel werden wie folgt benötigt: Wenn die Gemeinde Land beansprucht, sind dafür Entschädigungen zu entrichten. Die Ansätze richten sich gemäss den Angaben des Schweizerischen Bauernverbands. Dieses Land kann nicht mehr im gleichen Masse benutzt werden, weil ein Schacht vorhanden ist oder weil es weniger stark bebaut werden darf.

Hans Moser hielt fest, dass der Brauchernbach seiner Meinung nach nicht renaturiert werden soll. Die Renaturierung ist auf dem Plan eingezeichnet und vorgesehen, aber noch nicht realisiert. Diese Angelegenheit wird noch näher betrachtet und wir schauen, ob andere Lösungen möglich sind. Die Renaturierung würde sicher einen ökologischen Mehrwert bedeuten und wir sind der Meinung, dass auch die Grundeigentümer davon profitieren könnten.

---

**Beschluss**

1. Für die Sanierungsmassnahmen aus dem GEP Obere Gemeinde wird ein Rahmenkredit von CHF 2'250'000.00 (exkl. MWSt.) zzgl. allfälliger Teuerung zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 5600.501.1109, bewilligt.
2. Der Gemeinderat ist zuständig für die Bewilligung der einzelnen Objektkredite.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

**8. Liegenschaft Sonnenweg 30 - Erwerb**

Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Der Gemeinderat beantragt Ihnen, das Geschäft auf die Parlamentssitzung vom 20. August 2012 zu verschieben. Der Gemeinderat will zusätzliche Abklärungen treffen, die für dieses Geschäft aus seiner Sicht wichtig sind. Es handelt sich um die Frage, ob wir subsidiär handeln wollen oder nicht. Der Gemeinderat war immer der Meinung, so weit als möglich subsidiär für die Arealentwicklung zu handeln. Deshalb ist in der Verkaufsdokumentation festgehalten, dass der Käufer ernsthaftes Interesse daran haben muss, den Masterplan zu realisieren. Wir haben signalisiert, dass die Gemeinde Kaufinteresse hat und das ist in der Verkaufsdokumentation aufgeführt: Die Gemeinde ist jedoch bereit, privatwirtschaftlichen Entwicklungen den Vorzug zu geben. Wir haben versucht, an jene Person zu gelangen, die das beste Verkaufsangebot vorlegte. Gemeinderat Urs Wilk ist das jedoch bis zum heutigen Nachmittag nicht gelungen. Heute Nachmittag konnte ich diese Person erreichen und es sieht so aus als habe sie Interesse daran, das Areal gemäss dem Masterplan zu realisieren. Es hat nun aber erst ein Telefongespräch stattgefunden und wir möchten dieses vertiefen und weiter abklären. Wir sind der Meinung, wenn eine Privatperson bereit ist, das Areal gemäss den Vorgaben zu überbauen, muss die Gemeinde diesen Kauf nicht tätigen. Dazu sind jedoch weitere Abklärungen notwendig und diese werden im Gemeinderat allenfalls zu einer Wiedererwägung führen.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Ich nehme dieses Votum als Ordnungsantrag entgegen, eröffne aber die Diskussion. Nach der geführten Diskussion lasse ich über den Ordnungsantrag abstimmen.

**Christian Roth (SP):** Ich bitte Gemeindepräsident Luc Mentha zu ergänzen, ob wir vonseiten der Käuferschaft in dem Sinn die Zusage haben. Gemäss meinen Informationen müssen wir bis morgen zusagen. Haben wir die Zusage, dass wir bis zur Behandlung des Geschäfts anlässlich der Sitzung vom 20. August 2012 warten können?

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Meines Wissens nicht.

**Erica Kobel-Itten (FDP):** Meine Frage ist dieselbe wie jene von Christian Roth.

**Christoph Salzmann (SP):** Wenn schon Abklärungen getroffen werden, frage ich, ob bei dieser Gelegenheit nicht gleich noch das ausseramtliche Verkehrswertgutachten geprüft werden kann, aufgrund dessen die Landwerte erstellt worden sind. In meinen Augen sind darin einige Ungeheimtheiten enthalten.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Ich beantworte die Frage in Bezug auf die Befindlichkeit unseres Angebots: Die Frist wurde bereits verlängert, weil die erst mögliche Parlamentssitzung für die Beratung dieses Geschäfts die heutige war. Gelangen wir heute zu keinem Entscheid, ist davon auszugehen, dass die Gemeinde Köniz das Areal nicht kaufen können wird und ihr Angebot zurückziehen muss.

**Martin Graber (SP):** Ich bin etwas überrascht über diesen Ordnungsantrag, halte aber fest, dass ich ihm zustimmen werde. In diesem Geschäft sind in meinen Augen sehr viele Ungeheimtheiten enthalten.

Der Preis, den die Gemeinde für dieses Areal bezahlen muss, ist sehr hoch. Wenn nun eine Privatperson bereit ist, dieses Areal gemäss dem Masterplan zu entwickeln, weshalb soll die Gemeinde dieses Areal kaufen? Was ist die Aufgabe der Gemeinde? Müssen wir wirklich für 1'850 Franken/m<sup>2</sup> Land kaufen, wenn eine Privatperson dazu bereit ist? Muss der private Interessent überboten werden? Das leuchtet mir nicht ein. Ich bin froh, wenn hier nun genauere Abklärungen stattfinden. Das Geschäft wäre ausserdem dem fakultativen Referendum unterstellt.

**Heidi Eberhard (FDP):** Ich habe hier Verständnisschwierigkeiten. Wenn ich die Diskussion richtig verstehe, hat Gemeinderat Urs Wilk einen anderen Antrag gestellt als Gemeindepräsident Luc Mentha.

**Hermann Gysel (EVP):** Ich beantrage einen kurzen Sitzungsunterbruch, damit sich die Fraktionen besprechen können. Die verschiedenen im Bericht enthaltenen Termine sind für mich nicht verständlich.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Der Antrag auf Verschiebung des Geschäfts ist ein Beschluss, den der Gemeinderat während der Pause der heutigen Parlamentssitzung gefällt hat. Gemeinderat Urs Wilk hat Ihnen vorhin zusätzliche Informationen abgegeben. Ich bedaure, dass die Abklärungen nicht in der notwendigen Tiefe vorgenommen werden konnten. Der Gemeinderat hat jedoch die Auffassung, dass die Gemeinde nicht einen privaten Interessenten überbieten soll, der das Areal gemäss dem Masterplan entwickeln will. Wir stecken nun in dem von Gemeinderat Urs Wilk geschilderten Dilemma der zeitlichen und Fristverhältnisse.

**Erica Kobel-Itten (FDP):** Trotz vorgerückter Stunde erscheint mir das ganze Verfahren hier leicht befremdlich. Ich habe nun Verständnisschwierigkeiten. Grundsätzlich diskutierten wir in der FDP-Fraktion darum, dass wir einerseits der Meinung sind, dass die Gemeinde nicht Land oder Liegenschaften kaufen soll. Andererseits gibt es immer wieder Ausnahmen. Ausnahmen sind dann vorhanden, wenn es sich um ein strategisches Geschäft handelt. Die Lage des Grundstücks mitten in Köniz ist in unseren Augen ein solches strategisches Geschäft und deshalb hätten wir der Sache theoretisch zugestimmt. Weil nun aber die Verwirrung sehr gross ist, beantrage ich einen Sitzungsunterbruch für 5 Minuten.

**Christian Roth (SP):** Ich schlage vor, dass wir das Geschäft vorbehältlich der Möglichkeit des Gemeinderats, das Areal an einen Privaten zu übertragen, beschliessen. Damit kann der Gemeinderat mit einem klaren Beschluss des Parlaments und mit einer Mandatierung in die Verhandlungen gehen. Wenn eine Privatperson den Masterplan gemäss Vorgaben umsetzen will, spricht in meinem Augen nichts gegen den Kauf durch diesen. Wenn aber nicht und wenn Fristen dagegen sprechen, hat der Gemeinderat einen klaren Auftrag des Parlaments.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Die Überbauungsplanung war nun in der Mitwirkung. Wenn die Überbauungsordnung genehmigt ist, muss man sich an diese halten. Ich habe dazu eine Verständnisfrage: Wieso herrscht nun plötzlich die Meinung, man könne sich an den Masterplan halten oder auch nicht? An eine Überbauungsordnung muss man sich meiner Meinung nach halten.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Die definitive Fassung des Masterplans ist noch nicht genau bekannt. In diesem Geschäft rechnet man mit gewissen Erwartungen. Der heute bestehende Masterplan arbeitet mit gewissen Spielräumen. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat folgender Auffassung: Wenn eine Privatperson das Areal im Rahmen der Gesamtplanung entwickeln will, wird dieser der Vorzug gegeben. Das ist in der Verkaufsdokumentation enthalten. Die Abklärungen konnte ich erst heute Nachmittag telefonisch vornehmen. Die Privatperson ist gemäss ihren Aussagen bereit, die Realisierung gemäss Masterplan vorzunehmen.

**Christian Burren (parteilos):** Hat der Gemeinderat das Geschäft zurückgezogen oder nicht?

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Der Gemeinderat zieht das Geschäft nicht zurück, sondern er stellt einen Ordnungsantrag auf Verschiebung.

---

**Beschluss**

Dem Antrag auf Sitzungsunterbruch wird zugestimmt.  
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

Die Parlamentssitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

---

**Beschluss**

Dem Antrag des Gemeinderats auf Verschiebung des Geschäfts auf die Parlamentssitzung vom 20. August 2012 wird zugestimmt.  
(abgegebene Stimmen: 17 für Verschiebung, 17 dagegen, Stichentscheid der Parlamentspräsidentin für Verschiebung)

---

**9. 0729 Postulat (SP) "Energiepionierin Köniz: eine Bauzone für ökologische Bauten!"**  
Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

Das Traktandum wird auf die Parlamentssitzung vom 20. August 2012 verschoben.

**10. 0937 Postulat (SP, EVP, Grüne, SVP) "Ein 'Haus der Musik' für die Gemeinde Köniz"**  
Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Das Traktandum wird auf die Parlamentssitzung vom 20. August 2012 verschoben.

**11. 1204 Interpellation (Martin Graber, SP) "Kunst am Bau" in Köniz"**  
Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen in Zusammenarbeit mit der Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Das Traktandum wird auf die Parlamentssitzung vom 20. August 2012 verschoben.

**12. Verschiedenes**

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich schulde Hansueli Pestalozzi eine Antwort auf eine Frage aus der letzten Parlamentssitzung. Er fragte, weshalb zwischen Bern und Köniz eine Hauptverkehrsroute für den Langsamverkehr ohne irgendwelche Information gesperrt worden ist. Die Antwort ist Hansueli Pestalozzi bereits schriftlich zugestellt worden. Die Sperrung fand auf dem Gemeindegebiet von Bern statt. Da die Sperrung weniger als 60 Tage dauerte, wurde sie nicht publiziert. Da es sich um eine grosse Baustelle handelte, musste die Route sowohl für den Langsam- als auch für den Veloverkehr gesperrt werden. Wir haben die Bitte an die Stadt Bern gerichtet, in einem nächsten solchen Fall darüber zu informieren. Im Herbst wird höchstwahrscheinlich erneut eine Sperrung erfolgen und wir gehen davon aus, dass diese dann publiziert wird. Die Kantonspolizei Köniz ist informiert worden, diese Information wurde jedoch nicht weitergeleitet.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Anfangs Jahr stellte ich in Aussicht, dass das Geschäft betreffend Schiesswesen im Juni im Parlament beraten werden kann. Das tat ich im Wissen, dass die Schiessanlage Platten bis Ende 2012 saniert sein muss. Die Situation stellt sich nun aber anders dar: Die Sanierung von Schiessanlagen bis spätestens 31. Dezember 2012 gilt nur für Anlagen, die sich in einer Gewässerschutzzone befinden, was bei der Anlage Platten nicht der Fall ist. Die Frist für diese Sanierung erstreckt sich bis ins Jahr 2020. Damit ist der Zeitdruck weg und ich bin mit den Schützenvereinen weiterhin in intensiven Verhandlungen. Wir versuchen eine für alle verträgliche Lösung herbeizuführen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Auf Ihren Pulten finden Sie das Buch "Akzent Baukultur Köniz", das wir Ihnen schenken. Es handelt sich um ein Buch, das der Berner Heimatschutz zum Wakkerpreis herausgegeben hat. An diesem Buch haben sich verschiedene Gemeinderäte mit Beiträgen beteiligt. Aus meiner Sicht handelt es sich um ein gutes und schönes Buch.

**Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub:** Es wurden keine Vorstösse eingereicht. Die nächste Parlamentssitzung findet am 20. August 2012 statt. Ich wünsche allen eine schöne Sommerpause.

Im Namen des Parlaments

Annemarie Berlinger-Staub  
Parlamentspräsidentin

Verena Remund-von Känel  
Leiterin Fachstelle Parlament